

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Postkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Frh. Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 16
Fernsprecher S.-N. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigenpreis: Für den Stellenmarkt die 10 gepaltene Millimeter-
zeile 90 Pf. / Eingetragen in die Reichspostzustellungsliste

Der dreizehnte Gewerkschaftskongress

Der Aufmarsch der Jugend

Hamburg, 2. September.

F. K. Eine reichlich bewölkte Sonne segnete an diesem Sonntagmorgen den Tagungsort des 13. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Beim Betreten Hamburgs schlug schon Trompetenklang und Paukenschlag aus Ohr, und dies gleichzeitig von verschiedenen Seiten. Der Schall kommt immer näher. Hinter Musikkapellen oder Trommlern folgen Jungen und Mädchen. Ihre Gangart läßt auf Eile schließen. Oder glauben sie, bei irgend etwas als erste zur Stelle sein zu müssen? Eine große Menge zieht zu beiden Seiten der Bierzüge mit. Aber nicht ganz. Jenseits einer breiten Straße sieht man die Menge in eine von alten Bäumen gebildete Allee einschwenken. An ihrem andern Ende ist es schwarz von Menschen. Zwischen den Baumstämmen hoch in der Luft ein großmächtiges rotes Banner. Es flattert auf einem sich rechts und links weit ausdehnenden Steinbau: die Waffenschmiede der Arbeiterschaft Hamburgs, das Gewerkschaftshaus. Davor zahlreiche Menschenhaufen. Einige scheinen gewichtige, bedeutsame Dinge zu besprechen, denn die Unterhaltung ist laut, erregt, zuweilen heftig. Man braucht nicht lange zuzuhören, um herauszufinden, daß vom gestrigen Abend und seinen üblichen Vorgängen vor dem Gewerkschaftshaus die Rede ist.

Der Aufzug der freigewerkschaftlichen Jugend sei von kommunistischen Pfaffen, denen Frauen und Kinder vorausgeschickt, geführt worden. Reichsbannerleute hätten diese Störung zu verhindern oder einzudämmen versucht, was von der kommunistischen Mannschaft mit Armen und Fäusten, die nicht leert gewesen, beantwortet worden sei, wodurch viele von den jugendlichen Teilnehmern verwundet wurden. Aus den Menschenhaufen werden schwere Verwünschungen über die Störenfriede laut und ehrlicher Absicht ob-dieser die Arbeiterschaft entehrenden Missetat.

Während diesen Auseinandersetzungen ziehen ununterbrochen Haufen von Jungen und Mädels herbei. Aus ihrer Mitte ragen Wimpel und Standarten hervor. Die Inschriften lassen erkennen, daß sie zum Teil weit herkommen. Man liest Ortsnamen vom Rheinland, von Brandenburg, von Sachsen und von Westfalen. Die größte Zahl von Gruppen verschwindet durch die große Tür des Gewerkschaftshauses, andere gehen unter einem Bogen hindurch, auf dem „Holzarbeiter“ zu lesen ist. Wir aber folgen dem großen Haufen. Ein paar Schritte, und wir stehen im Hintergrund eines ausgedehnten Saales. Er ist schon gepreßt voll. Die Versammlung muß sich aus vielen Gruppen zusammensetzen. Wenigstens lassen das die vielen Wimpel mit den verschiedenen Zeichen annehmen. Hätte man es nicht schon auf den Fähnlein gesehen, man mühte es von dem Redner, der vorn auf der Bühne steht, daß hier die Jugend unseres Metallarbeiter-Verbandes beisammen ist: Dort oben steht Kollege Schlieft vom Vorstand unseres Verbandes und spricht Worte der Freude über das zahlreiche Erscheinen der Jungen und Mädels, und Worte der Mahnung, sich nicht durch unsaubere Leute dies Erlebnis vergällen zu lassen, auch Worte der Ermunterung, treu zur gerechten Sache der Gewerkschaften und des Sozialismus zu stehen.

Daß diese Versammlung ein lang ersehntes, ein so wichtiges Erlebnis für unsere Jugend ist, bezeugen die gespannten, die erwartenden Gesichter. Blendender Sonnenstrahl fällt durch das Oberlicht und gibt der Versammlung besondere Eindringlichkeit. Ein hellrotes, hell belichtetes Bild. Die Hände der Jungen und der Mädels fassen sich ganz unwillkürlich. Totenstille. Jeder und jede will alles genau hören, was von der Bühne her verkündet wird. Die Gruppen pressen sich noch enger um ihr Fähnlein. Nur deren Spitzen bewegen sich leicht. So muß es einst gewesen sein, als die schweizerischen Eidgenossen zusammen waren, um zu vernehmen, was die Unterdrücker des freien Volkes geplant und was nun die Tagung sei, um das drohende Unheil abzuwenden. Wie sich damals die Eidgenossen um ihr Fähnlein geschart, gruppenweis aus ihren Orten, von ihren Bergen und Alpen herbeigeeilt kamen, so jetzt die sozialistischen Jungen und Mädels. Und wie damals dem frei sein wollenden Volke die Tagelöhner verbrüdet und von ihm das Gelohnis zu Erneu und Kampfbereitschaft erst und feierlich geleistet wurde, so jetzt die freigewerkschaftliche Jugend.

Noch ehe die Reden im Festsaal des Gewerkschaftshauses ganz verklingen, lockt schallender Trompetenschlag uns wieder hinaus auf die Straße. Dort zogen abermals lange Züge von Jugend, von Reichsbannerleuten geleitet, vorüber. Wir folgten ihnen. Sie zogen zur Mitternacht, zum Rathaus, dessen Vorplatz schon stark mit Menschen gefüllt war. Und noch immer kamen hinter endlose Züge unter Musikbegleitung heranzuschleichen. Man fragte sich, ob wohl der riesige Platz diese Menschenmengen zu fassen vermöge. Auf dem Balkon des Rathauses gewahrte man bekannte Gewerkschaftsführer. Nach einigen Viertelstunden des Wartens erscholl ein Signal. Oben auf dem Balkon begann Genosse Leipart, der Bundesvorsitzende, mit einer Ansprache an die Jugend. Was er gesagt, wer konnte das auf diesem weiten Platz wohl vernehmen? Aber, ob man alles verstanden oder nicht, man war dabei, man war mit diesen Massen gewesen, die aus allen Ecken Deutschlands gekommen waren, um den Gewerkschaftskongress zu begrüßen und um aus diesem Erlebnis neue Kraft und frische Zuversicht für die hehre Sache des Sozialismus zu schöpfen. Ein denkwürdiges Erlebnis war dieser

Sonntagmorgen in Hamburg! Wohl denen, die dabei sein konnten.

Eine erhebliche Anzahl der Jugendlichen wollte dem Gewerkschaftskongress selbst beiwohnen. Nur wenigen wurde dies durch den für diese Tagung doch noch zu kleinen Saal gestattet. Diejenigen, die das Glück hatten, eine Einlaßkarte für den Kongress zu erhalten, musterten mit sichtbarer Aufmerksamkeit das wechselnde Betriebe unten im Saale. Es ordnete sich rasch und wurde still, als der Bundesvorsitzende Leipart auf der Bühne erschien und sich zur Eröffnungsansprache anschickte.

Die Eröffnung

Der 13. Deutsche Gewerkschaftskongress begann am 3. September im Gewerkschaftshaus in Hamburg seine auf fünf Tage berechnete Verhandlung. Es war gegen 10 Uhr, als ein Glanzlicht von der Bühne her das Stimmengestimmte still machte. Der Bundesvorsitzende Leipart stand an einer langen Tafel auf der Bühne, zu beiden Seiten eine lange Reihe von Mitgliedern der Bundesleitung. Der große Saal war bis an die Wände von den jugendsgemäßen Vertretern der Gewerkschaften besetzt. An zwei Eckschreibern hatten die Vertreter von städtischen und staatlichen Behörden Platz genommen, darunter die zwei Reichsminister Wissell und Curtius mit einem Stab von Beamten. Zu den amtlichen Vertretern gesellten sich die der ausländischen und inländischen Bruderorganisationen. Auch die Arbeiter- wie bürgerliche Presse war außerordentlich stark vertreten.

In seiner Eröffnungsansprache wies Genosse Leipart darauf hin, daß 15 000 Jugendgenossen gleichfalls nach Hamburg gekommen seien, um dem Kongress ihre Liebe und Treue zur Gewerkschaftsbewegung zu bekunden. Vielen unserer Jungen sollte die lange Reise zum Kongress eine erbebende Erinnerung für ihr ganzes Leben bilden. Wir wollten nun gestern abend unserer Jugend der Jugend unserer Gruß und unseren Dank abstaten. Dies konnte aber nicht geschehen, weil die Jungen von einem Verbrechen gezeichnet, das sich kommunisten anst, überfallen wurde. Dieses Verbrechen hat sich nicht gescheit, die Jungen und Mädchen mit Messern zu traktieren. (Stürmische Pfuirufe.) Es hat zahlreiche Verwundungen gegeben. Ich bin überzeugt, daß der ganze Kongress seinen Absichten vor dem Gesindel, das diese Missetat begangen hat, ausdrücken wird. (Allseitige Zustimmung.) Wir wissen, wer die geistigen Urheber dieses Verbrechens an unseren Jungen und Mädels sind. Ich frage daher den Kongress, ob es den Vertretern der kommunistischen Presse gestattet sein soll, unseren Verhandlungen beizuwohnen. (Allseitig: Nein, nein!)

(Die drei) Vertreter der kommunistischen Presse verlassen den Saal.)

Dann fährt Leipart fort: Wir müssen geloben, mit allen Kräften dazu beizutragen, daß sich solche besorgniserregende Vorfälle, wie wir sie gestern abend erlebt haben, nicht wiederholen. Von unserer Seite wird alles getan werden zur Wiederherstellung der Verwundeten. Den vielen Tausenden von Jungen und Mädels, die hierhergekommen sind, unsern herzlichsten Dank.

Der Redner begrüßt sodann die Vertreter der Bruderorganisationen des In- und Auslandes, die beiden Reichsminister Wissell und Curtius und ihre Beamten, und den Vertreter der Stadt Hamburg. Sodann dankt der Redner der seit dem letzten Gewerkschaftskongress verstorbenen Kameraden Silberstein, Repler, Dismann, Segig und der vielen Genossen, die still ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit nachgegangen sind, bis sie der Tod von ihnen rief. Weiter spricht Leipart den im Kampfe stehenden Konfektionsarbeitern volle Sympathie aus. Obwohl sich das einst sprichwörtliche Elend der Konfektionsarbeiter gemildert habe, sei es noch sehr groß. Die Verkaufspreise seien zwar dreimal höher als früher, die Lohnaufbesserung aber sehr viel geringer. Darum sei die Lohnerböschung dringend geboten.

Es fand schon 1908 ein Gewerkschaftskongress in Hamburg statt. In diesen zwei Jahrzehnten hat sich nicht nur auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiete viel geändert, sondern auch in der Gewerkschaftsorganisation. In dieser Zeit sind manche Verbände verschwunden, deren Namen man sich heute kaum noch erinnert. Im Jahre 1908 zählte unsere Zentrale 1,8 Millionen Mitglieder, 1927 aber 4,1 Millionen. Damals hatten wir noch 33 Verbände mit weniger als 10 000 Mitgliedern, heute sind es deren nur noch sieben.

Die Ausperrungen der Eisenindustriellen um Kleinigkeiten wüßten und eine Reihe ähnlicher Vorgänge beweist uns neue, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung unerträglich geworden ist. Die Industriellen haben besonders im letzten Jahre laut nach freier Wirtschaft gerufen, zu gleicher Zeit aber staatliche Hilfe verlangt. Somit nur gezeigt wird, daß die Unternehmer selbst das Eingreifen des Staates wünschen. Wo übrigens besteht heute noch eine freie Wirtschaft? Es sind gerade die Gewerkschaften, die nach Befreiung der Wirtschaft von der Beschränkung durch die Monopole, nach Unterbindung des Mißbrauchs der Kartelle und gleichwertiger Einrichtungen streben. Daß die Gewerkschaften die Bedeutung der Wirtschaft erkannt haben, zeigt die Tagesordnung dieses Kongresses. Seine meiste Zeit wird der Behandlung von wirtschaftlichen Dingen gewidmet sein.

Nun heiße ich, schließt Leipart die Ansprache, noch einmal alle Teilnehmer herzlich willkommen. Damit ist der Kongress eröffnet. (Beifall.)

Es heißt nun Genosse Ehrenteit vom Ortsauschuß des AOBV in Hamburg den Kongress im Namen von 20 000 organisierten Arbeitern in der Waffenschmiede des Proletariats willkommen. Die Gewerkschaften Hamburgs hätten mit den üblichen Vorgängen, die sich gestern abend abspielte, nichts gemein, denn sie führten gegen die Urheber der Störung seit Jahren den härtesten Kampf.

Bürgermeister Rathai begrüßt im Namen von Hamburg und der Schwesterstadt Monza den Kongress. Er weist darauf hin, daß von Hamburg der Gewerkschaftsbewegung namhafte Führer wie Geib, Bömelburg, Legien und andere gekommen sind.

Rede des Herrn Reichsarbeitsministers Wissell

Der Reichsarbeitsminister dankt im Auftrage der Reichsregierung für die Einladung. Die Tatsache, daß zwei Minister hierher gekommen sind, zeigt, daß die Regierung den von Ihnen zu behandelnden Fragen die größte Bedeutung beimißt. Ihre endgültige Lösung ist nicht nur für Sie, sondern für das ganze Volk von weitestgehender Bedeutung. Und sie zeigt auch, daß sich die Verhältnisse gewandelt haben. Vor 20 Jahren konnte auf Ihrem Kongress hier in Hamburg Ihr Vorsitzender Legien noch sagen, daß die herrschenden Gewalten zwar daran festhielten, den Gewerkschaften in den Weg zu treten, doch die Gewerkschaften nicht mehr umgehen könnten.

Eine meiner wichtigsten Aufgaben als Minister sehe ich in der Ausgestaltung des deutschen Arbeitsrechts. Das Arbeitsrecht, das sich gestaltet, wird ein Recht des Menschentums der Werktätigen sein. Es soll das Arbeitsverhältnis von einem rein schuldrechtlichen in ein gesellschaftliches Verhältnis gleichberechtigter Personen überführen. Die individualistische Regelung, die den entscheidenden Wirtschaftsaufgaben der Gegenwart nicht mehr gerecht werden konnte, muß mehr und mehr dem Kollektivrecht weichen, das den Einzelnen als Teil der Gemeinschaft wertet. Und dieses Kollektivrecht, das die Arbeit als die wichtigste Aufgabe gesellschaftlicher Lebenskreise anerkennt, soll ein Volksrecht werden. Es macht die Arbeit zum Dienst am Volke. Nicht mehr nach eigenwilligen Gesichtspunkten, sondern vom Standpunkt des Betriebes als Organ der Gesamtwirtschaft wird sich das Arbeitsverhältnis gestalten und nicht mehr mit dem Arbeiter als Einzelnen, sondern mit der Arbeiterschaft als Einheit sind die Arbeitsbedingungen zu regeln. Diese Entwicklung des Arbeitsrechts, die den Arbeiter zur Freiheit führt, wird um so schneller und wichtiger sich durchsetzen, je stärker und fester die Arbeiterschaft durch die Gewerkschaften in eine geschlossene, innerlich durch Solidarität verbundene Einheit verwandelt wird.

Daß die Grundgedanken der Gleichberechtigung des Arbeiters und der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse schon heute in der Gesetzgebung weitgehend Ausdruck finden, ist nicht zu bestreiten. Ich erinnere an das Betriebsrätegesetz, die Tarifvertrags- und Schlichtungsverordnung und neuerdings an das Arbeitsgerichtsgesetz und das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Und wenn von gewerkschaftlicher Seite verlangt wird, diese Ideen noch stärker und umfassender zur Geltung zu bringen und endlich das einheitliche Arbeitsrecht fertigzustellen, so dürfen Sie überzeugt sein, daß auch an dieser Aufgabe mit allen Kräften gearbeitet wird. Aber ich muß doch vor Illusionen warnen. Wie jedes große Werk der Menschheitsgeschichte braucht auch der Aufbau des neuen Arbeitsrechtes Zeit. Wenn das Werden des Bürgerlichen Gesellschaftsrechtes 23 Jahre in Anspruch genommen hatte, so kann die Neugestaltung des Arbeitsrechts nicht in wenigen Jahren erwartet werden.

Was an Einzelgesetzen bisher geschaffen ist, liegt, von der Tarifvertragsordnung als der Grundlage für die Kollektivregelung der Arbeitsbedingungen abgesehen, vor allem auf dem Gebiete des Arbeitsvertrags- und Verfallsrechts. Hier war die Notwendigkeit einer sofortigen Neuordnung am dringendsten.

Wie Ihnen bekannt, wird zur Zeit von verschiedenen Seiten eine Reform des Schlichtungswesens angestrebt. Ich habe mich auch bereit erklärt, ernsthafteste Anregungen zu prüfen. Bei allen Verhandlungen hierüber muß aber feststehen, daß unser sozialer Staat es sich nicht nehmen lassen kann, am Ausgleich der Kämpfe und Interessen mitzuwirken, sofern die Parteien nicht selbst den Weg zueinander finden.

Ebenso wenig darf das verfassungsmäßige Mitbestimmungsrecht der Arbeiter angefaßt werden, das allein eine Befriedigung unseres Arbeitslebens gewährleistet.

Das Betriebsrätegesetz mag gewiß noch Mängel aufweisen. Die Massenbeständen hat doch wohl die Novelle des Jahres 1928 geschlossen. Vor allen diesen kleinen Verbesserungen ist es notwendig, insbesondere die Regelung des Arbeitsvertrages endlich auf eine feste gesetzliche Grundlage zu stellen. Gerade auf diesem Gebiet kann man am wenigsten mit Notgedrungen auskommen. Unser Arbeitsrecht muß gradlinig, klar und übersichtlich sein. Darum müssen wir anstelle der verwirrenden Fälle schlicht aufeinander abgestimmter Gesetze und Verordnungen das einheitliche Arbeitsrecht setzen.

Nach der Fertigstellung der Arbeitsvertragsgesetze müssen die bereits fester in Angriff genommenen Arbeiten an den großen Vertragsgesetzen zu Ende geführt werden. Zunächst handelt es sich um das Gesetz, das eine endgültige Regelung des Tarifvertragsrechts bringen soll. In diesem Gesetzentwurf werden auch die wichtigsten Probleme des Rechts der wirtschaftlichen Vereinigungen mitgelöst werden müssen.

Besondere Aufgaben hatten unser auf dem Gebiete der Sozialversicherung. Auf eine Zeit des schweren Kampfes um ihre Erhaltung, der besonders gegen Ende der Inflationszeit und unmittelbar nach ihrer Beendigung zu führen war, folgte die Zeit des Wiederaufbaues. Das Ergebnis des Wiederaufbaues der sozialen Versicherung ist wieder ein großes, fähigefügtes Gebäude. In der Entwicklung liegt es begründet, daß diesem Bau die organische Einheit fehlt. Das deutsche Recht ist auf einzelnen Versicherungszweigen getrennt für sich und brachte sie erst allmählich in immer nähere Beziehungen zueinander. Aber dieser Prozeß ist nicht abgeschlossen. Ja, der Zwang zu parlamentarischer Wirtschaft treibt dazu, ihn zu beschleunigen. Die Notwendigkeit der Expansion erfordert auch in der Sozialversicherung die Rationalisierung.

Die Vereinfachung muß und wird Mittel freimachen, die dazu dienen können, die Leistungen der Sozialversicherung zu verbessern, die Wäden, die sie noch zeigt, auszufüllen. Ich erinnere daran, daß die Regierungserklärung, mit der ich die neue Reichsregierung dem Reichstag vorgestellt hat, ausdrücklich den Programmpunkt enthält, die Reichsversicherung einfacher, wirtschaftlicher und infolgedessen ertragsfähiger zu machen. Besonders betont ist dabei, daß ein Abbau der Leistungen oder eine Beschränkung der Selbstverwaltung nicht in Betracht kommt.

Ich habe Ihnen die Richtung gezeigt, in der ich gewillt bin, die deutsche Sozialpolitik auf dem Gebiete des eigentlichen Arbeitsrechts in den nächsten Jahren zu führen. Was hier in unermüdbarer Arbeit geschaffen wird, dient hohen Zielen. Es soll das Zusammengehörigkeitsgefühl der Werktätigen vertiefen und die großen Kräfte des Persönlichkeitswillens der Arbeiterschaft freimachen für eine verantwortungsvolle Mitarbeit an der Förderung und Weiterentwicklung des Volksstaats, seiner Wirtschaft und Kultur. Möge es glücken, durch das neue Arbeitsrecht die Arbeiterschaft emporzuführen zu wirtschaftlicher und geistiger Freiheit.

Rathem sich der Beifall auf die Rede Wissells gelegt hat, erscheint er Reichsarbeitsminister Curtius am Rednerpult.

Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius

Der Reichswirtschaftsminister führt im wesentlichen aus:
Die Ausbehnung des Wirkungsbereichs der Gewerkschaften über die Sozialpolitik hinaus auf die allgemeine Wirtschaftspolitik kann man geradezu als das Kennzeichen der letzten anderthalb Jahrzehnte ansprechen. Diese Erweiterung hat zweifellos für die Gewerkschaften ihre großen Vorteile, aber auch manche Nachteile. Es geht darin den Gewerkschaften ebenso wie der Reichsregierung, in der auch wirtschaftspolitische und sozialpolitische Gesichtspunkte häufig gegeneinander abzuwägen sind. Tatsächlich handelt es sich dabei nicht um unverständliche Gegensätze, sondern nur um zwei Seiten der gleichen Sache, zwei verschiedene Betrachtungsweisen des einheitlichen Wirtschaftsvorganges, die sich, soll nicht dieser Gesamtvorgang Schaden erleiden, notwendig ergänzen müssen.

Wie der Arbeitsminister bei den von ihm zu vertretenden sozialpolitischen Maßnahmen, so muß sich der Wirtschaftsminister darüber klar sein, daß manches, rein wirtschaftlich gesehen, vielleicht Zweckmäßige aus Rücksicht auf das Wohlbefinden aller Produktionsmittel, auf den Menschen und seine Arbeitskraft, unterbleiben muß oder nur in abgewandelter Form durchgeführt werden kann. Die mittlere Linie, auf der sich Wirtschafts- und Sozialpolitik einigen müssen, ist gegeben durch das gemeinsame erklärte Ziel der Hebung des allgemeinen Volkswohlstandes, um möglichst vielen Kreisen

gefliehene Arbeit, bessere Lebensführung

und einen Anteil an den Kulturgütern der Menschheit zu verschaffen. Die Arbeiter verlangen nicht nur einen angemessenen Anteil an den Erträgen des Wirtschaftens, sondern sie wollen auch ihren Teil an der Leitung der Wirtschaft und der damit verbundenen Verantwortung tragen. Was man heute auf die letzten zwei Jahre zurück, so darf man mit Bestimmtheit feststellen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse sich weitgehend gebessert und gestützt haben. Die deutsche Produktion ist auf allen Gebieten gestiegen und hat bei einigen bedeutenden Industrien den Friedensumsatz bereits hinter sich gelassen. Im Laufe dieser Entwicklung sind auch in allen Berufsgruppen Erhöhungen der Löhne und Gehälter erfolgt, so daß auch die Arbeiterchaft einen Anteil an dem Aufstieg der Wirtschaft haben konnte.

Versteht man es aber, aus den Erfahrungen dieser Jahre einen allgemeinen Schluß dahin zu ziehen, daß die deutsche Wirtschaft die Schwerezeiten, vor die sie die Nachkriegsentscheidung und die ihr aufliegenden politischen Lasten gestellt haben, bereits endgültig überwunden hat. Es ist kein Zweifel, daß der wirtschaftliche Hochgang der letzten 1 1/2 Jahre zum großen Teil der technischen Vervollkommenung der in der vorhergehenden Zeit in ihrem Ausbau zurückgebliebenen Unternehmungen gegolten hat und daß diese Modernisierung mangels einer für sie ausreichenden Kapitalbildung im Inland zum großen Teil mit Hilfe von Auslandsanleihen erfolgen mußte. Der hohe Zinssatz, unter dem Deutschland zu leiden hat, ist ein unzulässiges Zeichen dafür, daß das deutsche Kapital nach Abzug der dem Ausland zuzurechnenden Reparationsleistungen zur Befriedigung des Kapitalbedarfs nicht ausreicht. Das fehlende Kapital mußte daher vom Ausland herbeigeholt werden. Die Abhängigkeit in der Kapitalversorgung auf der einen Seite, der ständige Entzug von Kaufkraft auf der anderen macht die deutsche Wirtschaft empfindlicher als jede andere.

Wir müssen besondere Aufmerksamkeit auch der Entwicklung der deutschen Ausfuhr zuwenden, wie ja auch der Dawesplan davon ausgeht, daß die Jahresleistungen nach einer kurzen Übergangszeit aus dem Überschuf der deutschen Ausfuhr die Einfuhr zu entlasten sind. Der Außenhandel der Welt ist von 53 Milliarden im Vorkriegsjahresdurchschnitt von 1926 auf 58 Milliarden gestiegen. Ebenso hat sich der Anteil Europas an diesem Außenhandel von 58 vH auf 60 vH erhöht. Insbesondere hat auch die deutsche Ausfuhr einen deutlich erkennbaren Zug zur Besserung genommen.

Freudig ist der Vorkriegsstand unserer Ausfuhr noch nicht erreicht und es ist noch nicht zu erkennen, wann der vom Dawesplan vorgesehene Zeitpunkt eintreten wird, in dem ein Überschuf der Ausfuhr über die Einfuhr eintritt. Neben der mangelnden Aufnahmefähigkeit anderer Länder für fremde Waren ist die fehlende Kaufkraft in großen Teilen der Erde, die früher deutsche Absatzgebiete waren, die Ursache für die Langsamkeit des Aufstiegs unserer Ausfuhr. Diese Kaufkraft zu erhöhen und unter den ihr zu gewöhnlichen Arbeitsbedingungen den Wettbewerb mit anderen Ländern aufzunehmen, ist wiederum für ein kapitalarmes Land, wie es Deutschland zurzeit ist, schwer. Dennoch muß dieses Problem gelöst werden. Sowohl in der Kreditfrage wie in der Güte der Ware und dem Preis muß Denkfähigkeit eines Weltbewusstseins zeigen.

Die Herbeiführung eines solchen Zustandes liegt im Interesse sowohl der Arbeiter wie der Unternehmer. Es wird daher Aufgabe aller an der Wirtschaft Beteiligten sein, die für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftsstands zweckmäßige Wirtschaftspolitik zu finden. Der Ort zu dieser gemeinsamen Arbeit wird der Reichswirtschaftsrat sein, der sich demnach über die allgemeinen Maßnahmen, die auf Grund der Weltwirtschaftsverhältnisse beschaffen werden müssen, zu äußern hat. Es wird dies vorwiegend die letzte größere Arbeit sein, mit welcher der vorläufige Reichswirtschaftsrat seine alsdann fast neunjährige Tätigkeit beschließen kann.

Man muß darüber erwägen, daß er in dieser Zeit eine fülle wertvoller Arbeit geleistet und in vieler Hinsicht die Tätigkeit des Parlamentes nach der wirtschaftlichen Richtung verleiht hat. Dieses erste Stadium in der Reichsregierung vorgelegene Wirtschaftsbildung hat die Probe bestanden. Die in den neun Jahren gemachten Erfahrungen haben ihren Niederschlag im Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat gefunden, das hoffentlich bald vom Reichstag beschließen werden wird. Die neuen Reichswirtschaftsräte sollen alsbald nach ihrem Inkrafttreten Tätigkeiten vornehmen, die den Aufgaben der Wirtschaftsbildung nach in den nächsten Stufen vorgehen und das Bestreben der Reichsregierung auf gleichzeitige Mitwirkung der Arbeiter und Arbeitgeber an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte einleiten. (Beifall.)

Sobald Übertragungen Genosse Sassenbach vom Internationalen Gewerkschaftsbund und Kollege Dornan vom Internationalen Arbeitsrat dem Kongreß Strauß und Engels zugehen. Hiermit wird die

Wahl der Kongreßleitung

vorgenommen. Als Vorsitzende werden die Genossen Brames (Metallarbeiter), Reipart (Bauarbeiter) und Schumann (Bergarbeiter) wählen, als Stellvertreter die Genossen Dornan, Häber, Schacht, Sassenbach, Jahn und Rose. Außerdem noch die Kandidatensprüche und die Antragskommunikation befreit werden sind, erklärt

Strauß (Metallarbeiter) hat Wort zur Geschäftsabhandlung. Er erklärt zunächst, daß die Vertreter der kommunistischen Partei wegen der Spannung von gestern abend und dem Kongreß gewiesen worden sind. Wenn der Reichsverband der Arbeiter mit Reichsverband der kommunistischen Partei gemeinlich habe, dann sei er (Strauß) hier, damit, zu dieser Partei zu gehören. (Ermöglichte Beifall.) Die kommunistischen Delegierten werden hier einen großen Teil der geschäftlichen Angelegenheiten des Reichsverbandes abhandeln. Der Kongreß hat mit keiner Ermächtigung des Reichsverbandes abhandeln zu können. Es ist nicht zu übersehen, daß der kommunistische Reichsverband nicht die erste Gelegenheit benutzt, um den geschäftlichen Vorgängen entgegenzutreten. (Zustimmung.)

Dann ist die erste Vermittlungsbewegung herbeigeführt. In der Konferenzabhandlung beginnt der Reichsverband der Arbeiter mit dem Bericht über die Reichsverbandstätigkeit. Da Kollege Reipart durch Krankheit des Lebens immer schwächer wird, ist an seiner Stelle der zweite Vorsitzende, Kollege Schumann, die Berichtserstattung hat.

Der Geschäftsbericht des Bundesvorstandes

Der Geschäftsbericht beginnt mit einem ausführlichen Referat über die Reichsverbandstätigkeit. Die Kongreßleitung, erklärt Kollege Schumann weiter, auf die Reichsverbandstätigkeit haben wir nicht eingegangen. Die Gewerkschaften müssen sich selbst kümmern. Die Flaggenvereinerklärung der Regierung außer acht zu lassen, ist nicht beabsichtigt, weil sie geeignet ist, das Ansehen des Reichsverbandes herabzusetzen. (Sehr lebhaft.)

Zu jenem folgenden Ausführenden beauftragte sich der zweite Vorsitzende mit der Ermüdung der deutschen Wirtschaft, die erst nach einer Reihe von Jahren wiederhergestellt

musste, ehe ihr gewaltiger Aufschwung verhältnismäßig schnell einsetzte. Dem Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der selbstverständlich verstärkt einsetzte, als die Wirtschaft sich erholt hatte, wurde mit dem üblichen Einwand entgegengerufen, daß Lohn- und Preissteigerungen zwangsweise Preissteigerungen nach sich ziehen müßten. Diese zwangsweise Verbindung zwischen Lohn und Preis besteht keineswegs, zumal nicht in einer Zeit umfänglichster Rationalisierung. Der Sinn jeder Rationalisierung ist, durch Vereinfachung und Verbesserung der Produktion zu einer Vermehrung der Warenerzeugung zu gelangen, eine Herabsetzung der Warenpreise zu ermöglichen, die wieder eine Steigerung des Absatzes zur Folge haben und angemessene Lohnsteigerungen nach sich ziehen würde. Die Produktivität der Betriebe ist ständig gewachsen, aber statt der zu erwartenden Preissteigerung ist eine ständig neue Preissteigerung eingetreten. Diese ungesunde Entwicklung gilt es ebenso zu bekämpfen, wie die Löhnerhöhungen.

Der Vortragende wandte sich scharf gegen die Sperre, die auf Betreiben Dr. Schachts gegen die Auslandsanleihen der Städte und Gemeinden zur Anwendung gekommen ist. Sie hat vor allem den Wohnungsbau verhindert. Die schädliche Politik des Reichsbaupräsidenten hat leider die Unterbringung des Reparationsgutes verhindert, der in seinen Berichten die Grenzen, die ihm durch sein Amt gezogen sind, überhaupt nicht überschreitet.

In eingehenden Ausführungen beschäftigte sich der Redner mit der schweren Krise auf dem Arbeitsmarkt, die insbesondere während der Jahre 1926 und 1926 zu wiederholten Verhandlungen über Höhe und Dauer der Unterstützung führte. Der Kampf um die Erhöhung der Unterstützungen stand im Zusammenhang mit den vorbereitenden Erörterungen über die kommende Arbeitslosenversicherung. Die Organisation der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist in ihren Grundzügen im Sinne der gewerkschaftlichen Vorschläge durchgeführt worden. Auch im materiellen Teil der Arbeitslosenversicherung haben die Anregungen der Gewerkschaften weitgehende Berücksichtigung gefunden. Die große Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik, umfassend die Arbeitsvermittlung, die Arbeitsbeschaffung und die Erhaltung brachliegender Arbeitskraft, ist nun Angelegenheit der Reichsanstalt, in deren Amtsstellen die Gewerkschaften überall ihre Vertreter haben. Ihnen ist damit ein weites Tätigkeitsfeld eröffnet. Sie tragen eine hohe Verantwortung vor der gesamten Arbeiterchaft.

Die grundsätzliche Durchführung des Achtstundentages

wird, wie Grafmann ausführte, nicht mehr auf starken Widerstand stoßen. Das eigentliche Problem liegt vielmehr in der gesetzlichen Zulassung der Überschreitungen des Achtstundentages. Im Notgesetz über Arbeitszeit sind die Vorschläge der Gewerkschaften zur Regelung der Ausnahmen im wesentlichen nicht berücksichtigt. Die Folge dieser Unterlassung waren schwere, aber erfolgreiche Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit. Der Vortragende wies auch auf die in den letzten Jahren erreichte Anwendung der Schutzbestimmungen des § 7 auf die Arbeitszeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben hin; ewige gutachtliche Empfehlungen des Reichswirtschaftsrates sind freilich noch immer unberücksichtigt.

Die vom Bundesvorstand durchgeführten Erhebungen über den wirklichen Arbeitsverdienst haben gezeigt, daß selbst bei den leistungsfähigsten Arbeitern der Tariflohn nur um ein geringes überschritten wurde. Da die Preissteigerungsmaßnahmen der Regierung nie einen Erfolg aufzuweisen hatten, da eine Preislenkung von der Wirtschaft selbst auch nicht eingetreten ist, so blieb für die Gewerkschaften nur die Erhöhung der Löhne als einziger Ausweg übrig, der allerdings erst Ende 1927 mit wirklichem Erfolg durchzuführen werden konnte.

Ein schwieriges Problem in der bisherigen Lohnpolitik stellt das Schlichtungsproblem dar, insbesondere die Verbindlichkeitsklärung von Schlichtungssprüchen. Das verfassungsmäßige Recht zum Kampf muß gewahrt bleiben. Die Gewerkschaften lehnen aber das staatliche Schlichtungsproblem natürlich nicht ab. Sie haben es selbst gefordert. Aber der Staat sollte sich im allgemeinen jetzt tatsächlich mehr auf die Schlichtung beschränken. Das System der Zwangsschlichtung muß beschränkt werden auf die Ausnahmefälle, in denen wirklich ein öffentliches Interesse daran vorliegt, einen Arbeitskampf zu vermeiden, oder in denen soziale Gründe es rechtfertigen, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen gegen reaktionäre Arbeitgeberkreise noch durchzusetzen. Im übrigen ist an eine Änderung des Systems nur dann zu denken, wenn alle Unternehmer sich bereitwillig auf den Boden des Tarifvertrages stellen.

Grafmann streifte kurz die neuen arbeitsrechtlichen Gesetze und wandte sich dann der Beiratsorgane der Gewerkschaften zu, den jugendlichen Arbeitern und Lehrlingen. Wirkliche Hilfe angeht es zu lassen. Insbesondere sind entsprechende Fortschritte in der tarifvertraglichen Regelung der Verhältnisse zu verzeichnen, die erhebliche Verbesserungen in der Urlaubsfrage ermöglicht haben. Die Forderungen der Jugendorganisation und der Jugendbewegung werden immer mehr als eine bedeutende Angelegenheit der Gewerkschaftsbewegung anerkannt. Mit großem Nachdruck setzte sich der Bundesvorstand dafür ein, daß die Verbände künftig mehr als bisher auch Frauen aus dem Bereich in die Verwaltung der Verbände hineinnehmen und ihnen Gelegenheit geben, sich für die praktische Mitarbeit auf allen Gebieten zu entwickeln.

Der alte Streit um die Organisationsfrage ist durch die breitere Beteiligung in ruhige Bahnen geleitet worden. Die deutschen Gewerkschaften marschieren hinsichtlich der Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte in der internationalen Gewerkschaftsbewegung auf der Spitze. Die Verhandlungen über die Reform der internationalen Verwaltung der Verbände haben zur Aufstellung von einheitlichen Richtlinien in einer Reihe wichtiger Fragen geführt, die eine sehr erfreuliche Angleichung der Satzungen und damit ein höheres Maß von Einheit zur Folge hatten.

In Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung des Bundes als nationaler Zentrale der Gewerkschaften ergibt es sich, daß zahlreiche gemeinsame Aufgaben, die sich häufen vermehren, einheitlich von zentraler Stelle erledigt werden müssen. So wird z. B. zum Beispiel auf die Dauer nicht verwirklicht werden können, die Projektverteilung vor den Arbeitsergebnissen zu rationalisieren und zu diesem Zwecke die Arbeitersekretariate auszubauen.

Die besondere Bedeutung, die die Gewerkschaften den Bildungsfragen beimessen, ergibt sich nicht nur daraus, daß der Ausbau

der Reichsverbandstätigkeit ein gewisses Maß an Einheit zur Folge hatten. In Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung des Bundes als nationaler Zentrale der Gewerkschaften ergibt es sich, daß zahlreiche gemeinsame Aufgaben, die sich häufen vermehren, einheitlich von zentraler Stelle erledigt werden müssen. So wird z. B. zum Beispiel auf die Dauer nicht verwirklicht werden können, die Projektverteilung vor den Arbeitsergebnissen zu rationalisieren und zu diesem Zwecke die Arbeitersekretariate auszubauen.

Berücksichtigung des gewerkschaftlichen Bildungsbedarfes

zum neuen Richtlinien in Angriff genommen werden. Darüber hinaus drängen die Gewerkschaften darauf, daß die Arbeiterbildung in das Gesamtprogramm des öffentlichen und privaten Bildungswesens einbezogen wird. Die Volkshäuser und die Berufshäuser sind als Stätten der Arbeiterbildung von außerordentlicher Bedeutung. Die Gewerkschaften halten eine Erziehung der Kinder und Jugendlichen in einem freien, allen engen Vorurteilen abgewandten Geist für die leitende Erziehungsaufgabe. Sie haben deshalb entschieden gegen den reaktionären Reichswirtschaftsratsvorschlag Stellung genommen.

In seinen anschließenden Darlegungen beschäftigte sich Grafmann mit der heranzubereitenden und sehr angestrebten Schulung, die die Gewerkschaften in ihrer äußeren Welt mit in ihrem inneren Ausbau erfahren hat. Sie ist in mancher Richtung der wichtigste Bildungsmittel der Gewerkschaften. Von ihrer Bedeutung und Verbreitung wissen die Angehörigen im allgemeinen so gut wie nichts.

Aussprache über den Vorstandsbericht

Den Reigen der Redner eröffnet Strauß (Metallarbeiter). Ich will jetzt nur die heutigen tatsächlichen Sinnen der Gewerkschaft streifen. Um in die Front der Unternehmer Dresche schlagen können, müssen wir die Arbeiter vor Illusionen über die Wirtschaftsdemokratie warnen. Es scheint, daß man sich in der Gewerkschaftsbewegung mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gefunden hat. Seit dem Kongreß von Breslau ist eine Besserung in der Lage der Arbeiter nicht eingetreten. Bei der Stellungnahme der Gewerkschaften ist von der vorkriegszeitlichen, genauer, von einseitigen Auffassung nichts mehr zu hören. (Zwischenruf Ja, Carre Stellung von heute vormittag zur Gewerkschaftsopposition beweist das zur Genüge. Wir haben keine Leici Anlauf, die Vorgänge von gestern abend zu verteidigen. Wenn Leipzig hier die kommunistische Partei mit Verbrechergestalten bezeichnen habe ich geglaubt, darauf erklären zu müssen, daß ich mich in Stolz zur RW bekenne. Ihr seid verblödet, offen auszusprechen, ob außer den sozialdemokratischen Mitgliedern auch noch Arbeiter mit anderer politischer Gesinnung Mitglieder der Gewerkschaften sein können. Wenn ja, dann haben auch wir das Recht, unsere politische Ansicht zur Geltung zu bringen. Eine Bewegung, die so stark in der proletarischen Verankerung ist wie die kommunistische, kann man nicht mit Brutalität aus der Welt schaffen. (Zwischenruf.)

H. Schäfer (Metallarbeiter) begründet zunächst den Antrag (17) der Metallarbeiter Leipzigs:

Um dem geschlossenen Auftreten des Unternehmertums, was es sich besonders bei den Kämpfen der letzten Jahre zeigte, wirksam entgegenzutreten zu können, ist die geschlossene Front der Arbeiter unerlässlich. Dies Ziel ist aber nur auf dem Wege über den Industrieverband möglich.

Der Gewerkschaftskongreß beschließt deshalb, den Antrag 6 Robert Dymann und Genossen, eingereicht zum Gewerkschaftskongreß in Breslau, durchzuführen und die Organisationen zu verpflichten, im Sinne dieses Antrages zu handeln.

Dann fährt Schäfer fort: Wir haben vor sechs Jahren auf dem Kongreß in Leipzig vier leibhaftige Minister bei uns gehabt. Damals erklärte uns der Arbeitsminister Dr. Strauß, an die Anerkennung der gelben Werkvereine sei nicht zu denken. Wenn man mit diesen und den andern ministeriellen Erklärungen den heutigen Zustand vergleicht, wird der Rückschritt handgreiflich. Zurzeit, bei der verhältnismäßig guten Wirtschaftslage haben wir 850 000 Arbeitslose in Deutschland. Wie deren Zahl verringern, wenn nicht durch Herabsetzung der Arbeitszeit?

Der Kongreß von Breslau hat einen Antrag einstimmig angenommen, worin ein Gesetz für den reinen Achtstundentag gefordert wird, und wenn die Regierung nicht dazu zu bewegen sei, solle das Gesetz mit allen Mitteln erzwungen werden. Was ist nun seitdem vom VDSB für dieses Gesetz geschehen? Die Abstimmung über das Washingtoner Abkommen wurde wohl eingeleitet, aber nicht durchgeführt. Im Jahrbuch des VDSB können wir lesen, wie viele Kämpfe für die Verkürzung der Arbeitszeit geführt wurden. Hat das aber noch einen Zweck, wenn durch die Handhabung der Schlichtungsordnung den Gewerkschaften in der Arm gefallen wird? Damals war es der bürgerliche Arbeitsminister Dr. Brauns. Seit kurzer Zeit haben wir als Arbeitsminister den Genossen Wissell, aber eine Änderung in der Handhabung der Schlichtungsordnung ist noch nicht eingetreten, wie der jüngste Schlichtungsspruch für die Textilarbeiter beweist, der noch immer eine achtstündige Arbeitszeit vorseht. Die rheinischen Braunkohlearbeiter schaffen noch 8 1/2 Stunden täglich. Diese Arbeitszeit ist unbedingt erklärt worden. Wir verlangen nicht vom Arbeitsminister, daß er gleich eine 44- oder 46stündige Arbeitszeit durch Schlichtungssprüche schaffen soll. Aber der Achtstundentag sollte er Rechnung tragen. Ich sage mit aller Deutlichkeit, daß mit der Schlichterei ein anderer Weg eingeschlagen werden muß. (Beifall.)

Gesetzliches Vorgehen gegen die Schwarzarbeit

In einem Bericht über die Tätigkeit des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats zum Arbeitschutzgesetz wird u. a. auch erwähnt, daß die Frage des Verbots der Schwarzarbeit bei den Beratungen eine Rolle gespielt hat. Merkwürdig ist, daß zu gleicher Zeit auch zwei Anträge im neuen Reichstag vorliegen, die ein Verbot der Schwarzarbeit durch die Gesetzgebung fordern. Doch diese Anträge von den Deutschnationalen und von der Wirtschaftspartei herrühren, sei nur nebenbei bemerkt.

Schwarzarbeit ist gewiß keine erfreuliche Erscheinung. Aber sie ist ein gesetzliches Verbot bestraft werden kann, erscheint mehr als zweifelhaft. Schon die Umgrenzung des Begriffs „Schwarzarbeit“ ist fast unmöglich. Denn jede Beschäftigung neben der beruflichen verbietet, geht einfach nicht. Den Maler, der seine Wohnung herichtet, zu bestrafen, wäre ebenso verkehrt, wie den Tischler zur Regenschirmherstellung zu ziehen, der sich ein eigenes Stück Möbel herstellt. Man könnte natürlich sagen, jede bezahlte Nebenbeschäftigung außerhalb der Berufstätigkeit wird als Schwarzarbeit angesehen, deshalb verboten und bestraft. Dieser Gedanke wäre verlockend, wenn er nicht die größten Gefahren mit sich brächte. Er würde zur Unwahrscheinlichkeit ergeben und ein Denunziantenwesen großziehen, das sicher für die Volksgesundheit ebenso schädlich und verwerflich ist wie die Schwarzarbeit selbst. Denn aus reinem Vergnügen werden die wenigsten Leute außerhalb ihrer Berufstätigkeit noch Stundenlang arbeiten. In der Hauptsache wird die Not die Triebkraft zur Nebenbeschäftigung sein, wozu die Zeit der schlechten Konjunktur immer der beste Beweis ist. Ein gesetzliches Verbot der Schwarzarbeit wird also auf die größten Schwierigkeiten und Hindernisse stoßen.

Damit soll die Schwarzarbeit natürlich weder ausgebeugt noch entschuldigt werden. Die Schäden, die mit ihr verbunden sind, sind nicht nur volkswirtschaftliche, sondern auch persönliche, weil zahlreiche Schutzhilfen für den Lebens- und Gesundheitszustand der Arbeitenden fehlen und jegliche Kontrolle unmöglich ist. In etwas kommt der § 9 Abs. 2 des Entwurfs eines Arbeitschutzgesetzes dem Streben nach Verringerung der Schwarzarbeit entgegen. Alles andere muß aber mehr oder weniger der Erziehungsaufgabe der wirtschaftlichen Organisationen und dem Tarifvertrag überlassen bleiben. Dabei sei ausdrücklich betont, daß die Unternehmer in ihren Kreisen mindestens dieselbe Lasterkraft aufbringen müssen, wie die Arbeiter in bisher auftrachten. Denn für den, der Schwarzarbeit leistet, muß immer einer sein, der sie gewährt. Und diese Sorte Krauter sind in den Kreisen zu finden, die den Reichstag mit dem Antrag beglückt haben.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten

Der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) ist im letzten Monat gestiegen. Die Messer für den Monat Juli zeigt eine Erhöhung von 0,8 vH. Da auch im Monat Juni bereits eine nicht unbedeutende Erhöhung erfolgte, so muß dies als eine zu berücksichtigende Zunahme angesehen werden. Wenn man sich die Entwicklungen der letzten Monate vor Augen führt, so bekommen wir folgendes Bild: Der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten betrug im Januar 1928 150,8 und im Juli 152,6. Die Indexziffer ist also in zwei Monaten um rund zwei Punkte in die Höhe gegangen. Die Ziffern für die einzelnen Gruppen betragen im Juli: Ernährung 154,1, Wohnung 125,7, Heizung und Beleuchtung 144,2, Bekleidung 170,5, sonstiger Bedarf einschließlich 188,0. Es ist notwendig, daran zu erinnern, daß die Indexziffer für die Lebenshaltungskosten nicht alle notwendigen Ausgaben erfaßt, sondern beispielsweise Steuern, soziale Abgaben usw. unberücksichtigt läßt.



Technik und Werkstatt



Neues aus der Gießereitechnik

Von den auf dem Gebiete der Gießereitechnik in letzter Zeit feststellbaren Fortschritten ist zunächst das Normblatt Din 1691 „Guß Eisen“ zu nennen, das der Gießerei-Normenausschuß herausgebracht hat, nachdem die Verhandlungen zwischen Gußerzeugern und Gußverbrauchern sich während mehrerer Jahre in die Länge gezogen hatten. Mit Rücksicht auf die große Verbreitung, die das Gußeisen heute im Maschinenbau und anderen Industrieen und Verwendungsgebieten einnimmt, kommt diesem Normblatt eine hohe Bedeutung zu. Es enthält allgemeine Vorschriften über den Umfang der Prüfungen von Gußeisen, die sich auf seine äußere Beschaffenheit beziehen, dann auf die Form, Abmessungen und Gewichte und auf die Eigenschaften von Gußeisen. Weiter sieht das Normblatt eine Klasseneinteilung und die Werkstoffeigenschaften vor. Unterschieden werden Bauguß und Sandgüß, Feingüß und Kunstguß, Maschinenguß ohne besondere Gütevorschriften, mit besonderen Gütevorschriften, mit besonderen magnetischen Eigenschaften, Hartguß, säurebeständiger Guß und alkalibeständiger Guß, feuerbeständiger Guß, schließlich besondere Gußzeugnisse (Kokillen, Dauerformen, Schachtlinge, Amböse, Bremstöße, Pianoplatten).

Beim Maschinenguß ohne besondere Gütevorschriften hat die Gießerei eine Mindestzugfestigkeit von 12 kg/mm² zu gewährleisten, für den Maschinenguß mit besonderen Gütevorschriften je nach den vier vorgesehenen Güteklassen 14 oder 18 oder 22 oder 26 kg/mm². Mit dem letzten Wert beginnen die Sondergüten. Die Eigenart des Gußeisens bringt es mit sich, daß Vorschriften über die chemische Zusammensetzung der Gußeisenarten im Normblatt nicht enthalten sind; es wird also den Gußerzeugern freie Hand darüber gelassen, wie sie ihren Guß zu wählen haben, wenn nur die verlangten Eigenschaften nachweisbar sind. Die bisherigen Entwürfe für das Normblatt „Temperguß“ haben inzwischen Veränderungen erfahren. Man beachtet drei Güteklassen zu unterscheiden mit Zugfestigkeiten von 32 oder 38 oder 45 kg/mm²; die beiden ersten werden bezeichnet als handelsüblicher Temperguß und als hochwertiger weißer Temperguß, die letzte Art als hochwertiger schwarzer Temperguß (Schwarzguß), der zwar eine niedrigere Zugfestigkeit besitzt als der hochwertigere weiße Temperguß, dafür aber eine höhere Dehnung von 9 bis gegen 4 bis beim weißen Temperguß. Weiter enthält das Normblatt Angaben über die Probenentnahme und die Probestäbe, über das spezifische Gewicht, über die Gewichtstoleranzen, das Schwindmaß, die Schmiedbarkeit und Härtebarkeit, die Härte und die magnetischen Eigenschaften.

Das Normblatt „Stahlguß“ ist bereits vor längerer Zeit erschienen und sieht eine Unterteilung der Gußstücke aus Stahl in 7 Güteklassen vor und weiter findet man in diesem Normblatt Vorschriften über die Beschaffenheit der Gußstücke, ihr Gewicht, die Probenentnahme und das Abpressen.

Die Bemühungen, in der Gießerei bessere Schmelzbedingungen zu erhalten, wurden fortgesetzt. Wissenswert dürfte ein neuer Drehofen zum Schmelzen von Grauguß und Temperguß mit Kohlenstaubfeuerung nach dem Vorschlag der Firma Bradelsberg in Wülpe sein, der dem Institut für Eisenforschung (Düsseldorf) auf seine Verwendbarkeit untersucht worden ist. Diese Untersuchungen sind zugunsten des neuen Ofens ausgefallen und sie haben ergeben, daß in ihm die Schmelzarbeit beschleunigt, Schwefel vom Bad nicht aufgenommen, das Eindringen von Gasen aus der Atmosphäre durch die Schlackenschicht verhindert, jede beliebige Zusammensetzung des Eisens und eine hohe Gießtemperatur erreicht werden kann. Der betreffende Ofen für 6 Tonnen Inhalt ist 5 Meter lang und 1,2 Meter im Durchmesser. Der Kohlenstaub wird dem Brenner durch eine Schneidführung zwecks gleichmäßiger Zufuhr zugeleitet. Infolge der Drehbewegung des Ofens wird eine einheitliche Gußzusammensetzung erzielt, ein Umstand, der für manche Verwendungszwecke von Gußeisen besonders wichtig ist, zum Beispiel für Nähmaschinen. Nach den Untersuchungen des genannten Instituts sollen die Brennstoffaufgaben nebst Schmelzkosten nur den dritten Teil des Kupolofenschmelzens ausmachen.

Auch im Kupolofen hat man verstanden, den Kohlenstaub zu verwerten, der als Zusatzfeuerung zum Koksbetrieb gedacht ist. Nachdem in Deutschland seitens der Babcock- und Wilcox-Werke in Oberhausen seit einigen Jahren Erfahrungen über die Kohlenstaubzusatzfeuerung vorliegen, hat man auch über ähnliche Versuche in Amerika gehört, und zwar ist es hier die American Radiator Co., die befriedigende Erfolge erzielt hat. Bei der hier angewendeten Arbeitsweise wird der Kohlenstaub in besonderen Kammern außerhalb des eigentlichen Ofenschachtes verbrannt und nur die heißen Gase in die Schmelzzone eingelassen. Der Erfolg ist, daß nur 2 bis 4 vH Koks je Eisenmenge aufgegeben wird und die Koksfrage nicht so schnell abtrennen wie beim gewöhnlichen Koksverbrauch. Weiter wird infolge des erheblich geringeren Koksverbrauches auch der Schwefelgehalt im Gußeisen vermindert. Vergleichsmessungen ergaben, daß das Eisen aus dem Kupolofen mit Kohlenstaubzusatzfeuerung 20 bis 30 vH weniger Schwefel enthält als das Eisen aus dem gewöhnlichen Ofen, auch der Kohlenstoffgehalt war 20 vH niedriger. Die Festigkeitsprüfung zeigte eine um 10 bis 15 vH höhere Biegefestigkeit des Eisens an.

Der Formmaschinenbau macht weiter Fortschritte. Hier stellt man eine Verdrängung der Druckwasserformmaschinen durch die Druckluftformmaschinen fest mit dem Ergebnis, daß eine besondere Druckwasseranlage in Fortfall kommt, während die Gießereien sowie Drucklufteinrichtungen zum Betreiben der Sandstrahlgebläse und für die Puzerei überhaupt besitzen. Der Kampf wird also nicht mehr lauter: Druckwasser gegen Druckluft, vielmehr scheint es, daß neben den Rüttelformmaschinen die Sandstrahlformmaschinen und die Pressformmaschinen für Druckluftbetrieb sich den Rang streitig machen werden. Die Kombination: Preß- und Rüttelformmaschine dürfte sich in manchen Fällen bewähren. Auf dem Gebiete des Formmaschinenbaues ist Deutschland führend. Die in Amerika gebauten Formmaschinen weichen mehr oder weniger von den deutschen ab und sind besonders auf die dort vorherrschenden Verhältnisse, das heißt auf große Serienfertigungen ein und desselben Stückes eingestellt, so daß man sie mit unseren Maschinen nicht vergleichen sollte.

Neben den Bemühungen zur Verbesserung und Veredlung von Gußeisen, die gerade in Deutschland ansehnliche Erfolge nachweisen können, schreiten diejenigen auf dem Gebiete der Nichtisenmetalle ebenfalls voran; hier sind es besonders die Gußstücke aus Aluminium oder Aluminiumlegierungen, die sich ein immer weiteres Verwendungsgebiet erobern. Teils hat man neue Legierungen entdeckt, teils durch die Behandlung bekannter Legierungen Verbesserungen erzielt. So kann man durch eine Warmbehandlung die Zerreißfestigkeit von 15 auf 25 kg/mm² und die Dehnung von 10 auf 20 vH erhöhen. Das Silumin, eine siliziumhaltige Aluminiumlegierung, stellt eine besondere Legierung dar. Bei Zusatz von etwas Natrium zu einer Aluminiumlegierung mit 13 vH Silizium steigt die Zerreißfestigkeit von 12 auf 19 bis 25 kg/mm². Auch die bekannte Aluminiumbronze, das heißt eine Bronze mit 10 vH Aluminium, hat man dadurch verbessern können, daß man 2 bis 3 vH Eisen in die Legierung eingeführt hat und hierdurch ein besonders feinkörniges Metall erreicht. Nickel kann ebenfalls eingeführt werden. Diese Zusätze gestalten die Legierung dichter und machen sie widerstandsfähig gegen hohe Wasserdruckbeanspruchungen. Weiter widersteht eine solche Legierung besser den Einflüssen von Meerwasser. Die einfache Aluminiumbronze versteht man dadurch zu verbessern, daß man beim Gießen Abschreckplatten verwendet, die das abkühlende Metall schnell erkalten lassen, Ausfällungen verhindern und den Guß gleichmäßig und dicht erhalten.

Die Überhitzung des Aluminiums bezweckt in der Hauptsache die Entfernung fester Einschlüsse. Wird in einem offenen Ofen überhitzt, so fallen die Ergebnisse nicht so gleichmäßig und nicht so günstig aus. Wasserstoff, die Kohlenwasserstoffe und Wasserdampf sollten im Schmelz- und Überhitzungsstadium vom Aluminium ferngehalten werden. Als wirkungsvoll erweist sich eine Überhitzung auf 930 Grad verbunden mit einer langsamen Abkühlung. Die Gießgeschwindigkeit wird dabei so langsam gewählt, daß die Gase während des Gießens entweichen können. Als Wärmequelle für die Überhitzung eignen sich am besten Koksgeräucher.

Das Gießen von Aluminium in Kokillen anstatt in Sandformen hat sich mehr und mehr verbreitet, zu welchem Verfahren besonders der Kraftwagenbau erheblich beigetragen hat. So läßt sich zum Beispiel eine Aluminiumlegierung mit 10 vH Kupfer, Rest Aluminium gut in Kokillen gießen, von welcher Legierung seit dem Jahre 1920 über 25 Millionen Kolbenstücke gegossen worden sein sollen. Die Legierung wiegt nur ein Drittel von Gußeisen bei gleichem Volumen.

Auf dem Gebiete des Rotgusses ist eine Legierung aus 88 vH Kupfer, 7 vH Zinn, 4 vH Blei und 3 vH Zink erprobenswert, die sich ohne besondere Schwierigkeiten zu Eisenbahnlagerbüchsen gießen läßt und einen zähen und gesunden Guß gibt. Eine neue amerikanische Gußlegierung besitzt 94,5 vH Kupfer, 4,5 vH Silizium, 1,1 vH Mangan. Kupfer-Silizium-Legierungen waren zwar schon früher bekannt, fanden aber in der Praxis wenig Verwendung. Die genannte neue Zusammensetzung — die Legierung hat den Namen Eberdur — widersteht dem Angriff von Salzsäure und besitzt physikalische Eigenschaften, die denen von weichem Stahl nahekommen. P. N.

Ein Torpedo unter der Erde

Von Ing. S. Dewald

Zu der heutigen Zeit, die bekanntlich gleichbedeutend mit Geld ist, ergibt sich als zwingende Notwendigkeit eine Umstellung sämtlicher Verkehrsmittel nach den neuesten Errungenschaften der Technik. Ein Beweis hierfür liegt in der Elektrifizierung der Ring- und Stadtbahn Berlins, in der ständigen Ausdehnung des Untergrundbahnnetzes sowie des Autobusverkehrs. Fahrtrassen mit Automobil und Flugzeugen werden aufgestellt, das Raketenauto soll nach dem vorläufig noch etwas phantastisch anmutenden Hoffnungen seiner Konstrukteure das gegebene Fahrzeug sein, um größte Entfernungen mit der größten Geschwindigkeit zu überbrücken.

Als selbstverständlich erscheint es hierbei, daß auch der Nachrichtenverkehr dieser Verkehrsumwandlung angepaßt werden muß, insbesondere muß die Reichspost mit den schnellsten Verkehrsmitteln ausgerüstet sein. Seit einigen Wochen hat nun ein Wettkampf zwischen dem Postauto und einer durch eine Art von Radiowellen gesteuerten Rohrpostpatrone eingeleitet, der voraussichtlich zugunsten der letzteren entschieden werden dürfte. Es wird auch dem Leser bekannt sein, daß das vor vielen Jahren gebaute Berliner Rohrpostnetz reichlich veraltet ist und in keiner Weise mehr den Bedürfnissen des Schnellverkehrs entspricht. Es dürfte deshalb freudig begrüßt werden, daß die Reichspost sich unter Anwendung größerer Mittel entschlossen hat, eine der Hauptverkehrslinien des Rohrpostnetzes, die Strecke Haupttelegraphenamt, Postamt C 2, C 25, O 27 und Postamt O 17 am Schlesischen Bahnhof nach einem patentierten und auf Anregung des Postrats Feuerhahn im Reichspostzentralamt eingeführten Schnellrohrpostsystem mit automatischer Büchsenauschleifung auszubauen. Die Beförderung von Filbriefen und Telegrammen von Postamt zu Postamt geschieht bekanntlich zum größten Teil per Auto oder Motorrad, zwei neuen Verkehrsmitteln zwar, die aber nicht aus dem Rahmen des heutigen Verkehrs herausfallen, sondern sich dem starren Straßenverkehr mit allen Behinderungen durch Fahrtrichtungsanzeiger und Verkehrsampeln anpassen müssen. Hier hat nun die durch elektrische Wellen gesteuerte Rohrpostpatrone mit einem Stempel um die Schnelligkeit eingeleitet.

Bei dem neuen Schnellrohrpostsystem ist jede Rohrpostpatrone mit einem von den Radioempfangern her bekannten Schwingungskreis, bestehend aus einer Drahtspule und einem Hochspannungsentzerrer, versehen, der auf verschiedene Wellen abstimmbar ist. Kurz vor den einzelnen Postämtern ist in das Rohrpostrohr ein Isolierrohr eingebaut, das eine Magnetwindung trägt. In dieser wird bei dem Vorbeifahren der Rohrpostpatrone ein kurzer Stromstoß erzeugt, der einem sogenannten Impulsverlängerer zugeführt wird. In diesem finden die in der Radiotechnik üblichen Elektronenröhren Anwendung, die hier dazu dienen, den nur wenige tausendstel Sekunden kurzen Stromstoß derart zu verlängern, daß ein Relais genügend Zeit zum Ansprechen findet. Durch dieses Relais wird sodann eine Weiche

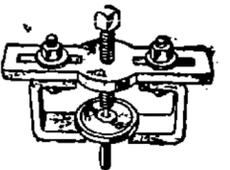
auf elektrischem Wege betätigt und so die Rohrpostpatrone an der gewünschten Stelle zur Ausschleifung gebracht. Genau so, wie man einen Radioapparat durch Drehen eines Kondensators mit dem gewünschten Sender in Einklang bringen kann, so wird hier die Patrone mittels einer Einstellvorrichtung auf die Eigenwelle der Ausschleifvorrichtung des gewünschten Postamtes abgestimmt und die Ausschleifung erfolgt vollkommen automatisch.

Die Vorteile dieses automatischen Systems gegenüber dem bisherigen sind ganz beträchtlich. Abgesehen davon, daß die Geschwindigkeit von bisher 8 m in der Sekunde auf 14 m/sek., das heißt circa 50 km in der Stunde gesteigert ist, haben die Schnellrohrpostbüchsen auch einen erheblich größeren Rauminhalt, nämlich 40,6 cdm gegenüber 11,5 cdm. Der größte Vorteil liegt jedoch darin, daß die Büchsen in viel kürzerer Zeit abgehen können als bisher. Während bei dem alten Rohrpostsystem in 10 Minuten ungefähr 5 Büchsen abgehandelt werden können, das heißt alle 2 Minuten eine Büchse, kann bei dem neuen Schnellrohrpostsystem alle 30 Sekunden eine Büchse mit erheblich größerem Rauminhalt zur Verwendung gelangen. Die wichtigste Neuerung liegt in der automatischen Ausschleifung selbst. Bei dem bisherigen Rohrpostsystem lief die Patrone bis zur nächsten Station, wurde hier ausgeschleift und mußte, falls sie nicht für dieses Postamt bestimmt war, mit der Hand wieder in das Rohrpostsystem gebracht und weitergeschickt werden. Dieser Vorgang wiederholte sich so oft, wie Zwischenstationen vorhanden waren. Der hierdurch entstandene Zeitverlust war ein gewaltiger, abgesehen von der Personalarbeit. Eine weitere Neuerung, die sich auf ökonomischem Gebiet sehr bald bemerkbar macht, liegt darin, daß durch die Patrone selbst auch die Ausschaltung des letzten Gebläses und die Einschaltung des Gebläses der nächsten Station erfolgt. Eine Zentralmaschinenstation mit riesigen Gebläsen bis zu 100 PS und darüber, sowie die lediglich zur Fortleitung der Luft dienenden doppelten und mehrfachen Rohrstränge kommen in Fortfall. Durch einen besonders angebrachten Zählapparat bei den verschiedenen Postämtern läßt sich genau feststellen, wieviel Patronen sich jeweils im Rohrpostsystem befinden.

Wenn auch die Anwendung der Elektronenröhre für derartige Zwecke vollkommen neu ist, so läßt sich doch an einem zweijährigen Dauerbetrieb auf einer Versuchsstrecke genau erkennen, daß dieses System nicht nur zuverlässig arbeitet, sondern eine große Ausdehnung auch auf anderen Gebieten der Verkehrstechnik erfahren kann. Theoretisch bestehen jetzt schon keine Bedenken, zum Beispiel im Eisenbahnbetrieb durch gewisse Änderungen dieses Systems eine vollständig automatische Steuerung, Signal- und Weichenstellung zu erzielen, insbesondere dürfte die automatische Weichenbetätigung eine große Zukunft haben.

Eine Vorrichtung zum Austreiben kleiner Bolzen und Wellen

Von kleinen Zahnrädern oder Scheiben lassen sich die dünnen Wellen nicht immer leicht entfernen, ohne daß sie Schaden nehmen, zum Beispiel beragen werden. Die Abbildung zeigt eine einfache Vorrichtung, bei der die Schraubkraft das Austreiben unter langsamem, gleichmäßigem und achsial gerichteten Druck besorgt. Die Vorrichtung besteht aus zwei kräftigen U-förmigen Bügeln, aus denen das Zahnrad oder die Scheibe ruht, aus der die Welle entfernt werden soll. Die Bügel sind mittels Schrauben in Schlitzen an einer Stahlbrücke befestigt; sie können also je nach dem Scheibendurchmesser eingestellt werden. Die Brücke trägt außerdem in der Mitte die Druckschraube, die so weit gedreht wird, bis die Welle herauskommt. Es ist notwendig, die Schraube mit einer dünnen zylindrischen Stahlspeise zu versehen, die durch die Bohrungen der Scheiben hindurchgeht.



Auf dem Wege zur Selbstversorgung mit Kraftstoff

Auf der Generalversammlung der IG Farbenindustrie wurde bekanntgegeben, daß der Ausbau der Anlagen zur Gewinnung von flüssigem Brennstoff so ziemlich vollendet ist. Voraussichtlich wird bis Ende 1928 die zunächst vorgesehene Produktion von 100 000 Tonnen Benzin erreicht werden. Im Jahre 1929 hofft man die doppelte Menge ohne Vergrößerung der Anlagen zu erzielen. Eine weitere Steigerung steht in Aussicht. Da wir zuzeit in Deutschland ungefähr 250 000 Tonnen Benzin einführen, so dürfte bald der Zeitpunkt gekommen sein, wo Deutschland seinen flüssigen Brennstoff aus eigenen Rohstoffen zu gewinnen vermag. Und trotzdem stehen wir erst am Anfang dieser Entwicklung. Die Direktion der IG Farbenindustrie gab auf der Generalversammlung weiter bekannt, daß die Hydrierung der Steinkohle im verstärkten Maße in Angriff genommen werden wird. Ferner hätten die Versuche zur Gewinnung von Schmierölen, Paraffin und anderen Produkten zu vielversprechenden Erfolgen geführt. Die von der IG hergestellten Schmieröle hätten sich im eigenen Betriebe gut bewährt. Gemeinsam mit der Standard Oil Co. errichtet die IG eine Versuchsanlage in den Vereinigten Staaten zur Petroleumverarbeitung. So ist zu ersehen, daß alle rechtlichen Fortschritte von heute ziemlich rasch Allgemeingut aller Völker werden, das heißt in mehreren Ländern zugleich zur Anwendung gelangen. Jedenfalls zeigt auch diese Entwicklung, daß die Großchemie einen Mittelpunkt der deutschen Wirtschaft darstellt.

Die Verwendung des Radiums

Das Radium ist verhältnismäßig jüngerem Datums und beginnt erst allmählich, sich unter den industriell verwendeten Metallen einen Platz zu verschaffen; es erregte in der letzten Zeit besondere Aufmerksamkeit durch seine Preissteigerung. Man gewinnt Radium, das zinnartige Aussehen besitzt, als Nebenprodukt bei der Zinnerzeugung; wie Zinn läßt es sich verflüchtigen und man erhält es daher auch durch Destillation oder elektrolytische Verfahren. Die Vereinigten Staaten, Polen und Australien waren lange Zeit die Hauptlieferanten des Metalls, bis jüngst noch Kanada hinzukam. Wie auch auf dem Gebiet anderer Metalle ist hier Amerika führend. Von einer industriellen Gewinnung des Radiums kann eigentlich erst seit Beginn dieses Jahrhunderts gesprochen werden; 1926 betrug die Weltproduktion etwa 500 Tonnen, sie ist inzwischen stark angestiegen, da das Radium immer mehr Anwendungsgebiete findet. Man benutzt es regelmäßig als Zusatz zum Elektrolytkupfer zwecks Erhöhung der Festigkeit und stellt aus der Legierung Kraft- und Telephonleitungen her. Ferner findet das Metall Verwendung für die Herstellung von Röntgenstrahlröhren, Topfglasfenstern, und auch die Zahnärzte bedürfen des Radiums. Erwähnt sei des weitern das Schwefelradium, ein sehr begehrter gelber Farbstoff, sowie der Umstand, daß neuerdings das galvanische Übergehen von Eisenteilen mit Radium als sehr guter Rostschutz gilt.



Familie und Heim



Vom Prügeln

Dem Prügeln an sich als Erziehungsmaßnahme stehen wir immer noch verhältnismäßig duldsam gegenüber; ja, viele meinen überhaupt, ohne Liebe wäre eine Erziehung nicht möglich. Jedenfalls wären sie doch selber eben mit Prügel groß geworden! Wieder andere meinen: nun, so von Zeit zu Zeit mal 'ne gehörige Tracht, das wäre ganz gesund, wie sollte man vor allen Dingen mit den wilden Jungen fertig werden! Manche halten „ein paar kräftige Ohrfeigen“ für „vollkommen ausreichend“. Es gibt Eltern, die verlangen zwar vom Lehrer — und mit Recht, daß er ihre Kinder nicht anrühre; sie selber lassen sich aber ihr „Recht“ nicht streitig machen. Das Gesetz spricht dem Vater die Anwendung „angemessener Zuchtmittel“ zu und im § 1631 des BGB steht das Wort von der elterlichen Gewalt. Auf diese beiden Punkte stützen sich die Freunde der Prügelstrafe. So geht es nun hin und her, für und wider Prügel, mit verschiedenerlei Maß; wenig aber sind die Stimmen da, die die Prügel ganz ablehnen als etwas Menschen-unwürdigen. Kann man überhaupt einem Kinde gegenüber, das doch ein wehrloses ist, notwendigerweise von Gewalt sprechen? Es ist aber wie mit so manchem anderen: man ist zu festgefahren mit seinen Anschauungen, man ist zu sehr mit der Meinung verwichen, daß Erziehung ohne Stock undenkbar sei. Prügel aber, in jeder Form, ist eine Zwangsmaßnahme, die ergriffen wird, wenn Güte und Freundlichkeit versagen. Das Üble aber ist, daß eine Erziehung mit nur Güte und Freundlichkeit von Unbeglückten als unmöglich und aussichtslos abgelehnt wird. Warum? Sind nicht Eltern und Erzieher den Kindern gegenüber körperlich und geistig überlegen von Natur aus? Güte, verständige Erziehung von frühester Jugend an wird wohl kaum am Kinde scheitern!

Aber wir wollen einmal einen kleinen Blick nach rückwärts tun und einen weiten Blick nach vorwärts!

Die alten Erziehungsziele lauteten geschrieben und ungeschrieben: Anerkennung der Macht, der Gewalt, der Kirche und des Königs; du, Bögling, hast in erster Linie dankbar zu sein, daß du geschaffen worden bist, du bist besser jedoch nicht wert, darum mußt du von Anfang an unter Gewalt stehen! Man fing also mit dem Zwang schon beim kleinen Kinde an. Es wurde geschmürt und gewickelt, in widersinnige Lächer gepreßt, damit sich der arme Wurm nur ja nicht regen könne. Ein Lutschtuch stopfte ihm den Mund, und es wurde im wahren Sinne des Wortes bis zur Bewußtlosigkeit geschaukelt. Der Schulbesuch war eine Art Vorübung zum Militärdienst; denn es ist ja wohl bekannt, daß ausgediente Korporale zu Schulmeistern verwendet wurden. Das Wort „Prügeljunge“ hat einen geschichtlich nachweisbaren Hintergrund. Die Kinder Reicher, Adliger und Bürger gingen zum Teil wohl schon gemeinsam zur Schule, doch wurde erst 1825 durch Statutenordner die Schulpflicht in Preußen allgemein eingeführt. Die Kinder der Armen „durften“ zwar auch am Unterricht teilnehmen, mußten aber den Kindern der Reichen alle Dienste tun! Es sollten „Reiche für Geld zu Menschen, Arme für wenig Geld unter dem Namen Zuhilfenahmender zu Schullehrern (Wohltätigen) erzogen werden! Aus jener Zeit stammt der Prügeljunge. Der vornehme, reiche Bögling konnte doch unmöglich auf irgendwelche hochhehlen Körperteile geschlagen werden, obwohl eine solche Strafe nach dem Urteil der Lehrer für irgendeine Missetat notwendig war. Da mußte also der Knabe des Armen herhalten, und er wurde in Gegenwart des reichen Sündenbocks geschlagen! Man wollte durch dieses grausame Verfahren — Mitleid und Reue über seine schlimme Tat erzielen. Man kann sich wohl denken, was dabei herausgekommen ist. In elischen Schulen, besonders Klosterschulen, bediente man sich zwecks Vollstreckung der Prügelstrafe eines eigens dazu angestellten Zuchtmeisters. Liegen Adelige oder reiche Bürger ihre Kinder in der Familie erziehen und unterrichten, so nahmen sie sehr oft einen gleichartigen „Armen“ mit ins Haus, der dann die — natürlich unerbildete Gnade erfuhr, etwas zu lernen. Dafür aber mußte er für die Dummheiten und Unarten seines Altersgenossen die Prügel einstecken. Ein unwürdigeres „Erziehen“ ist kaum denkbar. Gut, daß wir in einer andern Zeit leben, die uns jenseitwärts blicken läßt! Die Prügeljungenwirtschaft ist vorbei.

Das aber, was Eltern und Erzieher in den beiden vorhin erwähnten Paragraphen zugefunden wird, bedeutet lediglich ein Recht, ein Zugeständnis persönlicher Freiheit; kein Mißbrauch eines Paragraphen rächt sich schwerer als ein Mißverständnis jener „elterlichen Gewalt“. Eine ein regelrechtes Prügelgesetz zu erlassen, ist vielleicht gar nicht mal wünschenswert; denn damit würden zugleich die Möglichkeiten zu Über-tretungen geschaffen.

Ein Lehrer ist kein wütlicher Volkserzieher, wenn man ihm erst mit dem Gesetz drohen muß, daß das Prügeln verboten sei. Wenn ein Lehrer sich nicht wasagen kann, wenn er jähzornig ist, wenn die Strafe sein einziges Mittel ist, sich durchzusetzen, dann soll er lieber die Fingerringe vom Lehrertum lassen. Diese Forderungen müssen Eltern immer wieder stellen, sie dürfen sich aber nicht angest lassen, auch sie müssen lernen, Kinder ohne Prügel zu erziehen. Wie mag es nur kommen, daß große Leute so leicht den Schwarten und die Qual vergessen haben, die sie doch einst empfinden haben müssen, als sie ge-prügelt worden sind!

Bei einem verprügelten Kind wirkt sich der Schaden gewöhnlich erst dann aus, wenn es erwachsen ist. Außerlich ge-dacht und schon im Wesen, sind sie doch innerlich von Haß und Rache erfüllt. Alles Gute in ihnen ist vollständig erloschen. Begegnet man solchen Unglücklichen später mit Güte, dann gleicht er einfach nicht mehr dem Menschen. Wer hätte nicht schon von Kindern gehört, die die Hand gegen Vater und Mutter erhoben haben. Entschuldigend es sein, wenn das eigene Kind sich wider-einander erhebt! Wo mögen da die Ursachen liegen? Welche sind das doch mal einer Klar, ehe er zuschlägt, daß er damit Haß ja! Und welche körperlichen Folgen kann das Prügeln haben! Wer aber wohl, was eine einseitige Ehrfurcht im Menschen aus-lösen kann! Was kriegen Eltern nicht an beschämten Fremden-lingen zu sehen, die von Ehrfurcht herrühren. Schwandbegabte Kinder werden oft mit Ehrfurcht bedacht, die das arme Kind womöglich noch unglücklicher machen können, denn dieser erschütternde Gehirnschlag kann solche Erregungen nicht ver-zagen. Über Schläge auf den Rücken! In der Dunkelheit

laufen Nervenstränge entlang, die unsere Gliedmaßen das aus-führen lassen, was das Gehirn bestimmt. Ist das Rückenmark beschädigt, so kann man sich noch so sehr „in Gedanken“ an-strengen, irgend etwas zu tun, man bringt's nicht fertig. Und das Schlagen aufs Gesicht, von dem man doch allgemein weiß, daß an dieser Stelle den Nerven nicht geschadet wird?! O, es ist direkt etelhaft, wenn man denkt, daß zu einer körperlichen Züchtigung — ein bestimmter Körperteil zur gefälligen Ver-nutzung empfohlen wird! Erinnert das nicht lebhaft ans Mittel-alter mit den Folterstrafen? Prügel erzeugt Qual und Furcht, Haß und Hinterhältigkeit. Prügel verdirbt den Charakter.

Eltern und Erzieher: Prügeln ist menschenunwürdig, wir brauchen aber freie, selbstbewußte Menschen mit einem unge-schlagenen Denken!



Unser Kind

's gibt eine Sorge in der Welt,
Die wir mit Freuden tragen,
Ein Wesen gibts, das uns gefüllt
Und drückt es tausend Plagen.

's ist unser heiß geliebtes Kind,
Im Schmerz uns gegeben,
Die Mühen für sein Gedeihen sind
Die Sonn' für unser Leben.

Durch Tag und Nacht, zu jeder Zeit
Mit immer regen Händen
Sind ohne Murren wir bereit,
Ihm Liebe zuzuwenden.

Und ist die Würde noch so groß,
Nichts kann uns Eltern schmerzen
Wir preisen unser großes Los,
Wenn unser Kind wir Herzen.

Doch so ein Kindlein, wenn es lacht
Und an die Brust sich schmieget,
Hat manche Hütte reich gemacht
Und manches Leid besieget.

Kommt nur und schaut das Wesen an,
Wenn es im Bade sitzt
Und lachend und strampelnd, was es kann
Und alles rings bespricht.

Ein Frühlingsschauer überm Feld
Bringt nicht so reichen Segen,
Als unser goldner Doppelhahn,
Wenn wir ins Bad ihn legen.

Und ist er trocken nun und rein,
Dann schläft der süße Bengel
An seinem Fläschchen luschend ein,
Viel schöner als ein Engel!

O Dankholz, o Mutterglück,
Wie seid ihr zu beneiden,
Es gab ein gnädiges Geschick
Das höchste Gut euch beiden!

Martin Halle



Sei ehrlich mit den Kindern!

Die Wichtigkeit der Ehrlichkeit im Umgang mit Kindern kann nicht stark genug betont werden. Manche Eltern betrügen ihre Kinder mit Vorbedacht, um sie zu bewegen, gehorjam zu sein, und mit der Hoffnung, unangenehme Dinge zu vertuschen.

Ein kleiner Junge bestand mit Mut den ersten Besuch beim Zahnarzt. Er fürchtete sich jedoch vor einem zweiten Besuche. Um ihn zu beruhigen, versicherte ihm die Mutter: „Nächstmal wird es gar nicht wehe tun.“ Es tat dem Kleinen dennoch weh und der Schreck war groß, größer als beim ersten Besuche. Sein unabdingbares Vertrauen zur Mutter war hin. Als er das nächste Mal zum Zahnarzt geführt wurde, war er so von der Furcht beherrscht, daß ihn nichts beruhigen konnte. Auf alle beruhigenden Worte erwiderte er: „Du hast mir vorher gesagt, es würde nicht wehe tun, aber es tat weh. Ich will wieder nach Hause. Er soll meine Zähne nicht anrühren.“ Es wird lange dauern, bis das zerstörte Vertrauen des Kindes wiederhergestellt worden ist.

Die Kinder haben ein scharfes Gedächtnis für viele der kleinen Täuschungen, deren sich die Eltern bedienen. Wenn dem Kinde zur Zeit, da es zum ersten Male zum Zahnarzt muß, gesagt wird, daß man es in den Park führen will, damit es die Tiere ansehen kann oder daß es die Tante besuchen oder sonst etwas tun soll, was beim Kinde naturgemäß angenehme Erwartungen hervorruft, und wenn sich das Kind dann plötzlich im Stuhle des Zahnarztes befindet, so kann man darauf gefaßt sein, daß sich neben dem Schmerz auch noch ein Unwille nicht nur gegen den Zahnarzt, sondern auch gegen die Mutter einstellen wird.

Art, Polizi und Hund dürfen von den Eltern nicht als Schreckmittel zur Herstellung des gewünschten Betragens benutzt werden. Die Drohungen werden ein- oder zweimal, aber bald erfährt das Kind, daß die Ärzte gut und freundlich sind, daß die Polizisten mehr zum Schutz als zur Bestrafung da sind und daß sich mit den Hunden gut spielen läßt. Ferner lernt das Kind, daß es sich auf die Worte der Eltern nicht verlassen kann. Es erfährt auch, daß man aus dieser Praxis, anderen Furcht einzujagen, ein Gefühl der Macht schöpft, so daß das Kind jetzt anfängt, dieselbe Methode auf den jüngeren Bruder oder auf Freunde in der Nachbarschaft anzuwenden. Wenn man das Kind auf diese Weise betrügt, zerstört man nicht nur seine unerschütterliche Gewohnheit der Nachbarschaft ein.

Es gibt keine bessere und sichere Methode, um bei den Kindern die Gewohnheit der Wahrhaftigkeit zu entwickeln, als ihnen die Gelegenheit zu geben, in einer Umgebung zu leben, wo sie die Wahrheit als Beispiel nachahmen können. Die Eltern müssen es vermeiden, dem Kinde Unwahrheiten zu sagen, nur um einer peinlichen Sache aus dem Wege zu gehen, weil dadurch dem Kinde das Lügen beigebracht wird. Das Lügen der Kinder ist in keinemwegs seltenen Fällen nur eine Nachahmung der Praxis anderer Familienmitglieder, die selbst dazu neigen, jeder Schwierigkeit im Leben entweder durch Selbstbetrug oder durch Betrug anderer zu begegnen. Der stets als Entschuldigung dienende Kopfschmerz, die Entschuldigung, daß man nicht zu Hause ist, wenn ein unerwünschter Besuch kommt; der Mangel an Freimütigkeit zwischen Eltern und häuslichen Angelegenheiten, die an das Kind gerichtete Warnung, es nur gar nicht dem Vater oder der Mutter zu sagen, alles dies löst dem Kinde die Vorstellung ein, daß es vielleicht eine nützliche Gewohnheit ist, unversuchten und schwierigen Dingen aus dem Wege zu gehen.

Das vorfällige Lügen, die falsche Darstellung der Tatsachen sind bei Kindern häufig anzutreffen. Das Lügen ist mit dem Stehlen verbunden, und zwar als Mittel der Verteidigung, als ein Streben des Kindes, einem demütigen Geständnis und der folgenden Strafe aus dem Wege zu gehen. Dies ist genau das, was man von einem Kinde, das sich schützen will, zu erwarten hat. Die erfolgreiche Lüge, die nicht entdeckt wird, verleiht dem Kinde bewußt oder unbewußt ein Gefühl der Macht und Befriedigung, weil es seinen Trost durch eigene Anstrengung erreicht hat. Dies trifft besonders auf die falschen Darstellungen zu, die bewußt angewendet werden, um andere Vergehen zu verdecken.

Am verwerflichsten ist die Lüge, die gewöhnlich durch Eifersucht oder Groll gegen Mitglieder der Familie oder nahe Bekannte hervorgerufen wird. Weniger schlimm und nicht sehr ernst ist das Lügen des Kindes, das gerne prahlt und seine Taten überreibt. Erdichtungen, die das Kind in einem vorteilhaften Licht erscheinen lassen, gehören zu den geistigen Vorgängen zu Anfang des Lebens. Manche Kinder leben in einer unwirklichen Welt und die Eltern sind geneigt, die Beschreibungen aus der Traumwelt des Kindes als vorfälliges Lügen zu betrachten. Aber der Beweggrund des Kindes ist ganz verschieden. Hier braucht man nicht eingzugreifen, nur daß man dem Kinde zu verstehen gibt, daß es sich nicht um wirkliche Dinge handelt, und daß man jedem, dem das Kind die Geschichten erzählt, das selbe sagen muß.

Hausfrauenkrankheiten

Die Hausfrau, die ihren Körper pflegt und auf die Erhaltung ihrer Gesundheit bedacht ist, leistet ihrer Familie und dem Volksganzen einen größeren Dienst als die Hausfrau, die aus irregulärem Pflichtgefühl, leidet oft genug durch die Selbstsucht und die Bequemlichkeit der lieben Angehörigen darin unterstützt, sich Tag und Nacht abradert, mit dem Ergebnis des frühzeitigen Verfalls. Von diesem Gesichtspunkt aus verdient die letzte Ausstellung der Zentrale der Berliner Hausfrauenvereine besondere Beachtung. Durch die bekannten Plakate der Gesundheitsämter, die gar nicht oft genug gezeigt werden können, weist die Ausstellung hin auf Wohnungs-lüftung, Tuberkulosehygiene, Milchaufbewahrung, Gesundheitsgefahren des freien Milchleinhandels (die übrigens bei Stadtgüter- und Konsumvereinsmilk vermieden werden), Nährwert der Milch und vieles andere mehr. In Plakaten und am Modell eines Skeletts wird ferner die Gefahr des übermäßigen Stehens und der falschen Belastung von Bauch und Becken beim Tragen für die weiblichen Unterleibsorgane gezeigt. Lasten aller Art, auch die Last kleiner Kinder, sollen richtig verteilt und stets mit der Muskelkraft der Arme aus den Schultergelenken heraus bewältigt werden. Wichtig ist für jede Hausfrau eine zwei- bis dreimalige tägliche Entspannung während der Arbeit. Richtige Entspannung wird nur im Liegen gefunden und muß jedesmal etwa zehn Minuten mindestens dauern. Die geringe dadurch veräumte Zeit holt die Hausfrau durch die Neubelebung ihrer Kräfte rasch nach, und gleichzeitig hat sie den gefährlichen Unterleibsleiden und Krampfadern wirkungsvoll vorgebeugt.

Auf der Ausstellung sieht man furchtbar verunstaltete Gliedmaßen aus Wachs. Hausfrauenhände, die nach der großen Wäsche wündergeben sind, andere, die durch die dauernde Berührung mit heißer Seifenlauge mit Hautausschlägen behaftet sind, wieder andere, die infolge von mangelhafter Pflege verhornet, verhärtet und mit Gewebehautentzündungen verunziert sind. Daneben finden sich Senk- und Plattfüße als Folge übermäßigen Stehens und des Fehlens von Fußeinlagen. Man sieht, wie notwendig es ist, daß die Hausfrau endlich ihre falsche Beiseidenheit aufgibt und jedenfalls so viel Haushaltsgeld beansprucht, wie es zur Erhaltung ihrer Gesundheit erforderlich ist. Die Krankenkasse tritt doch erst in vorgezeichneten Fällen ein, und gerade auf diesem Gebiete ist Vorbeugen viel wichtiger als Heilen. Bei Schwangerschaft zum Beispiel sollte der Frau unbedingt die Erleichterung eines guten, stützenden Leibgürtels (Salafiris oder dergleichen) verschafft werden, der nachher mit leichten Änderungen auch für die Rückbildung der Organe nach der Entbindung nützlich ist. Auch ein gut stehender Wüstenhalter ist wünschenswert. Für Krampfadern sind gemüßigte Gummistümpfe unentbehrlich. Um die Hände zu schonen, sollte man die Anschaffung eines Paars Gummihandschuhe zu 2 A — ein wirklich praktisches Geburtsstagesgeschick für die Hausfrau — nicht scheuen und zur Erleichterung der die Hände angreifenden Hausarbeit dient für den, der sich keine kostspielige elektrische Waschmaschine leisten kann, der Wäschestampfer „Eiserne Wäscherin“. Auch eine gute Hautcreme sollte jede Hausfrau nach getaner Arbeit benutzen. Derartige Anschaffungen sind billig und gehören einfach zum Handwerkszeug der Hausfrau, wie der Werkzeugkasten zum Tischler.

Viele auf der Ausstellung gezeigten, an sich durchaus wertvollen Dinge sind freilich leider wegen ihrer Kostspieligkeit einstweilen nur gut gestellten Hausfrauen zugänglich, so zum Beispiel die gewiß sehr schönen elektrischen Beheizungs- und Massageapparate, deren billiger 3 A. Lister. Eher kommen schon elektrische Heizröhren und Inhalationsapparate wegen ihrer bei den verschiedensten Erkrankungen bewährten Einwirkung für die breiten Massen in Frage. Nützlich sind die Hinweise auf das besonders bei Schwangerschaft gefährlich umschließende runde Strumpfband, auf die Unfälle, Nabeln im Feinzeug stecken zu lassen, an denen man sich bei der Wäsche verletz, ferner die Warnung, niemals die Hände schnell hintereinander in heißes und kaltes Wasser zu tauchen. Gute Neuerungen sind die auswechselbare Zahnbürste, die zusammenlegbare Gummimarne (von 2 A an), die verstellbare elektrische Lampe, die Leiterstiege, die das Sturzgefahr der Leiter verhindert.

Genügt

Fürchten Sie nicht, Fräulein Erna, daß die Vögel die Saat in Ihrem Garten wegfressen? Sie sollten eine Vogelfeinde aufstellen.
„Das ist nicht nötig, wir sind immer im Garten.“

Arbeitstag

Wieder liegt ein Tag vor mir,
ein hungrig unerfüllt'lich Tier,
das aus des Morgens Grau gefährlich droht,
das wild und gierig in den Mittag bricht
mit bösen Hugen funkelnd rot,
die wie ein Rettungsfeuer, mahmend Licht,
durch alle Stunden meiner Cage drohen!

Und niemals satt, schleicht es in Dämmerung,
bezwingt den Abend und begehrt die halbe Nacht,
Und erst wenn unter letzter Pflicht Vollendung
das milde Auge nicht mehr länger wacht,
läßt ab das Biest von seiner Beute.

So ist ein jeder Tag verflucht
in seiner nimmerfatten Qual,
so bin ich selbst verdammt, verrucht
und ausgelaugt und todesfahl:
weil meine Unruh mich verzehrt,
weil meine Arbeit mich begehrt
und immerfort das lebensstarke Tier —
Arbeit und Traum, Rausch und Gestalt —
mich zwingt — nicht mir —
nur Fremden zu gehören.

Kurt Offenburg

Rote Eiche

Die Welt der Metallarbeiter. Drei Diplome. Wofür? für Treue. Wem Treue? Dem freien Verband. Gut. Und Treue der Idee: dem Sozialismus! Dreimal gut.

Und dann? Dann sitzen wir in der Elektrischen — die drei Diplome neben uns — und wir saufen hinaus: fort vom ruhigen Revier, hinauf auf die Freiheit der Berge.

Jetzt sind wir da — dort: wo wir hin wollten: wir sind bei der Roten Eiche.

Die Wasserscheide zwischen zwei Flüssen. Duster und dunkel sind die Flüsse: wie Tinte, dunkel vom Blut der Industrie. Grün und heiter ist die Wasserscheide: das freie, schöne Gebirge. Das Gebirge mit seinen Papageien: den laut schreienden Buntspechten. Das Gebirge mit seinem Habicht, der sich kühn ins graublau Himmelsgemälde hinaufschraubt. Höher und höher! Und die Krone auf dem freien Scheitelsgebirge ist die Rote Eiche.

Rote Eiche? Jawohl, so heißt dieser tausendjährige Baum. So heißt er seit rund achtzig Jahren. Früher hieß die Rote Eiche — die Bonifazius-Eiche.

Warum ward dieser tausendjährige Eichenbaum umgetauft? Einem Märtyrer wegen. Einem Märtyrer wegen — war denn der Bonifazius nicht auch ein Märtyrer? Gewiß, in einem Sinne, im alten Sinne. Aber bei der Umtaufe des Eichenbaums ging es um einen Märtyrer der neueren Zeit, um einen Klassenmartyrer. Wie heißt der? Robert Blum? Na, jetzt kommen wir dahinter, die Proleten aus den Industrieregionen feiern und feiern hier oben im freien Gebirge einen der Vorkämpfer ihrer Gesellschaftsklasse. Jawohl, sehr richtig. Ein Feiern am Herzen der Mutter Natur, ein Feiern über Mittag und Abend, ein Sich-heben — hinauf in die Lüfte. Ein Gedächtnisfest. Höher und höher!

So im Gebirge feiern wir Freiheit. Unter der Roten Eiche. Seit Jahrzehnten. Und heute, da es gilt, drei alte Genossen zu ehren, sind wir wieder einmal herausgezogen zur Roten Eiche. Hier sind die drei Diplome. Und dort sind die drei Jubilare. Und um uns her zehntausend Menschen. Männer, Frauen, Jugend und Greise.

So hört, wie der Wind durchs Gebirge der tausendjährigen Eiche geht! Ist das nicht wie Sprache aus einer anderen Welt, dieses Geräusch und Gebrause? Sicher ist das so: und die andere Welt ist die Welt der Freiheit und Schönheit. Die Sehnsuchtswelt aller müden und bitteren Herzen. Und von dieser Welt der Schönheit und der Freiheit spricht der Festsprecher, der alte, eisgraue Genosse, der den drei Jubilaren die Diplome des Verbandes überreicht. Für Treue im Dienste der Gemeinschaft!

So, das Offizielle des Festes wäre vorbei. Jeder der drei Umfeierten trägt stolz keine Krone unter dem Arm. Die Anerkennung der Kameraden. Und nun wollen wir frohe Geselligkeit pflegen. Am freien Herzen der Mutter Natur. Im Walde. Bei den singenden Quellen. Beim Gesumme der Insekten. Bei der Musik des Windes, wie es rauscht und braust: hindurch das Gebirge der Roten Eiche.

Das Volk der Metallarbeiter verliert sich in einzelne Gruppen oben auf der Kuppe des Gebirges. Was immer zusammengehört, das eint sich zu kleinem Zirkel. Zirkel setzt sich neben Zirkel, Gruppe zur Seite der Gruppe. Das Ganze, das Vielfältige wird überflaut, wird geeint von der Roten Eiche. Dem höchsten Punkt über zwei arbeitenden Revieren: das braunende Gedanken an den Vorkämpfer Robert Blum, erschaffen zu Wien. Anno 48. Vor rund achtzig Jahren. Blum, der Kämpfer der Barrikaden!

Bunte Falter umschwirren uns hier oben auf freier Höhe. Da ist der buntschillernde Kaiserfalter und der Admiral ist da und das Große Ordensband. Aber was für Namen — Kaiser, Ordenshändler und Admiralfalter. Nichts für uns — nichts für uns. Wir taufen die freien Sonnenvögel um. Den Kaiserfalter heißen wir Perleträger. Der Admiral heißt von der Stunde an Rotvögel. Und das Große Ordensband soll sein — der Sonnenblitz. So: jetzt, ihr Falter des hohen Gebirges, jetzt habt ihr eure neuen Namen: Perleträger, Rotvögel und Sonnenblitz. Das klingt doch ganz anders als wie Kaiserfalter, Admiral und Ordensband. Unser Proletenherz ist reich genug, um das, was wir lieben, nach eigenen Gefühlen zu benennen.

Die Rote Eiche über dem Mittag, die Rote Eiche als Freiheitsbaum über den polternden Arbeitsstätten zweier fleißiger Reviere. Und hier oben zehntausend Herzen, die Freiheit suchen. Schaut dort hin, die Gruppe dort, die sind die Ältesten, sie sind die Vorbildern der Arbeit. Aber doch noch rüstig genug, um das Freiheit wollende Herz zur Roten Eiche hinaufzutragen. Seit vierzig Jahren waren diese nun alten Genossen bei jeglicher Proletenfeier unter der Roten Eiche dabei, und auch heute, am Tage der drei Diplome, wollten sie nicht fehlen.

Ja, die Jünglinge. Auf ihren Antlitzern liegt viel Entzagen und Entbehren — die Antlitz sind verbrannt von der Rot des Lebens. Aber die Augen, die Augen — die sind noch frisch, rein und klar, wie das Blau unterm strahlenden Blitze der goldenen Sonne.

Hoi, dort, die andere Gruppe: die Jugend. Durchein und Wädhels. Sie springen, sie tanzen, sie lachen, sie schwärmen. Das Haar fliegt im Winde, den Mädchen flattern die Röcke: das ist so wie das Geflatter der Flamme am Feuer. Jugend, ja, freue du dich deines Lebens und gestalte du dir dein Schicksal nach eigenem Willen. Wächst glücklich, ihr jungen, roten Eichen: wachset hoch im Gefühle der Freiheit, seid schon in Liebe und in Vertraulichkeit und gestaltet die Hütchenhäuser der Fabriken um zu Freudenstätten der selbständigen Arbeit. Jugend, du sollst nicht nur freier Staatsbürger sein, sondern du sollst auch das Größere werden: freier deutscher Wirtschaftsbürger!

Die Gruppe der Frauen. Arbeitende Frauen aus den Feinstahl-fabriken. Neben der Mutterwürde steht die Würde des schönen Werkes. Feinstahl — blank wie der springende Falter Sonnenblitz. Die Frau in der Industrie, die Frau im Dienst am Metall — edel soll das spröde Metall werden, edel wie das Herz der Mutter. Nicht den Feinstahl misshandeln zur tödlichen Waffe, sondern Feinstahl als Glied und Glied ins Herz der fliegenden Maschinen. Motoren.

Flugzeuge. Die Motoren sind Herzen: Herzen der Proleten — im Flügel erobern wir die Welt. Sozialer Geist bindet Volk an Volk, Kontinent an Kontinent. Die Trägerin des edelsten Gefühls, die Übermittlerin der Liebe ist die Frau in ihrer Mütterlichkeit. Proletinnen der Erde, ihr seid das Kornfeld unterm heißen Winde der Zeit. Woget und blühet: blau, rot, golden!

Rote Eiche. Es wird Abend. Die Sonne stirbt den schönen Freiheit, um nicht alt und krank und lästig zu sein. Die Sonne scheidet sich mit einer feinen Wolkennadel mitten ins Herz, sie verblutet im Westen, über dem Revier der härtesten Arbeit. Die Sonne stirbt über den Kohlenhalden, Hochöfen und Walzwerken. Über morgen früh wird die Sonne froh und rein und jung und gesund wieder aufgehen über dem andern Revier, über dem stilligen Revier: über den Arbeitsstätten des Feinstahls, der Maschinenfabriken und der Motorenwerkstätten. Sterben — um schöner geboren zu werden. Reiben — um den Weg zum reineren Glück zu ebnen. Goethe: „Denn so lang du das nicht hast, dieses: Stirb und werde!“ Der ewige Wechsel zur größeren Reife. Das Morgen wird schönes Kind des großen Heute.

So, nun ist es Nacht. Unsere drei Jubilare mitten in der Schar der heimkehrenden Ausflügler, jeder unterm Arm sein Diplom: „Für Treue und Gemeinschaft!“

Heimwärts mit Gelang. Vorneweg die Kinder mit roten Väterchen. Dann die Mädchen, mit Sternen im Haare, mit den Diademern der Nacht, die Mädchen: gekrönt mit der Schönheit der Sterne. Und zuletzt die Männer. Alle einen roten Busch am Hüte — das Geschenk der Roten Eiche!

Im Tale poltert und ächzt die nächtliche Industrie — von den Bergen her steigt zu ihr hinab die Freiheit und die Schönheit! Nur in der freien Natur vereheln wir unsere Herzen. Bedenkt das bei euren Feiern! Hinaus — aber nicht hinein in die dumpfen Wirtschaftshäuser.

Mag Dortu.

Feriengrüße

Alljährlich, wenn der Mohr und die Rosen blühen, wenn — aber nein, ich will ja keineswegs eine elegische Schilderung des Sommers geben, ich will lieber sagen, wenn es so unerträglich heiß wird, daß der Mensch die Luft und die Liebe zu jeglicher Arbeit verliert, dann gibt es eine ganze Reihe glücklicher Leute, welche in die Ferien gehen können.

Nicht daß ich deswegen neidisch wäre, o nein. Ich habe selber eine ganze Anzahl Bekannter, die zu jenen Glücklichen gehören. Sie fahren einfach auf 14 Tage bis zu 6 Wochen fort in den Schwarzwald, in das Allgäu, an die See oder gar nach Tirol oder nach Italien. Und ich muß schon sagen, sie denken alle in der geredeten ruhender Weise an mich. Alle paar Tage bekomme ich dann in diesen Sommer- und Ferienwochen einige Ansichtskarten von den lieben Bekannten mit recht herzlichen Grüßen aus der Sommerfrische. Da es fast lauter gebildete Leute sind, die mir schreiben, ist es mir nicht verwunderlich, daß es nahezu übereinstimmend immer derselbe Wortlaut ist, den ich da zu lesen bekomme: „Wir sind hier gut angekommen, herrliche Gegend, diese göttliche Ruhe, schönes Gasthaus, auch die Verpflegung einfach glänzend.“

Die zweite Karte ist dann manchmal etwas ausführlicher: „Ich habe mich schon gut erholt, in zwei Wochen 4 Pfund zugenommen. Neben zusehends besser. Morgen machen wir einen Spaziergang auf den Ochsenkopf und übermorgen eine Autofahrt nach dem berühmten Tübingen.“

Ich sage ausdrücklich noch einmal, ich bin keineswegs neidisch oder mißgünstig; im Gegenteil, ich freue mich immer, wenn es meinen Mitmenschen — wenn auch leider nur einem kleinen Teil davon — gut geht. Deshalb schreibe ich auch allen meinen lieben Bekannten in der Sommerfrische eine recht freundliche Antwort auf einer Ansichtskarte nach Frankfurt a. M., damit sie in der Fremde die liebe Heimat nicht vergessen.

Da es indessen selbst im schönsten Sommeraufenthalt zuweilen — besonders bei schlechtem Wetter — langweilige Tage gibt, bin ich auf den Gedanken gekommen, meinen lieben „Kurbekanntem“ einige Grüße meiner proletarischen Freunde zukommen zu lassen; sie werden ihnen sicher helfen, so manche Verdrislichkeit in der „Kurfremde“ leichter zu ertragen. Hier sind sie:

Ein Gießereiarbeiter schreibt: „Herrliches Wetter die letzten 14 Tage. Nur schade, daß wir in einem Raum mit flachem Dache und mit Oberlicht arbeiten müssen. Beim Gießen ist das eine Höllenglut; durchschnittlich haben wir immer so 40 Grad. Leider komme ich vor dem übernächsten Sonntag nicht aus der Hitze heraus, weil ich am Sonntag Schichtwechsel habe und wir außerdem in der Woche überarbeiten müssen. Wir — aber ich denke, das genügt.“

Ein Bräudenbauer schreibt das folgende: „Zentralafrika komplett. Und dabei den ganzen Tag auf dem Gerüst, man wird schier gebraten bei der Hitze. An den Trägern kann man sich gegen Mittag die Finger glatt verbrennen. Als und zu macht einer schlapp, doch das sind wir so gewöhnt. Jetzt geht die Arbeit nicht schnell genug und im Winter kann man dann wieder stempeln gehen.“

Von einem erkrankten Arbeiter stammen diese Zeilen: „Bei diesem Wetter erhole ich mich zusehends, nur das Kranfengeld ist halt ein bißchen knapp. Warum mir der Arzt bei dieser Hitze gerade von 8 bis 12 und von 15 bis 19 Uhr Ausgang schreibt, ist mir ein Rätsel. Abends, wenn es schon kühl ist, muß ich dann zu Hause bleiben. Vielleicht scheidet mich die Kasse auf vier Wochen zur Erholung fort, das ist für den Proleten doch die einzige Möglichkeit, einmal zu einer Kur zu kommen. Wenn nicht, dann nehme ich mir meine vier Tage Ferien und gehe früh schon in den Wald um.“

Während ein seit einem halben Jahr Arbeitsloser sich so äußert: „Schrecklich! Sommer — so Wetter und immer keine Arbeit. Dabei hatte ich gedacht, wenn nur erst der Winter herum ist. So bummelt man wenigstens im Freien. Die Stadt ist ja gut, sie gibt Freikarten fürs Familienbad, und nun sagt meine Alte: Geh mir nicht soviel ins Wasser, du kommst immer ausgehungert wie ein Wolf nach Hause, wo soll ich denn hernehmen bei den paar Mark Unterstützung?“

Wie gesagt, ich bin ein bißchen mißgünstig, ich will meinen Bekannten ihre Ferien nicht verleben und will es darum bei diesen Grüßen betonen lassen. So ein klein wenig Zerstreuung in der Sommerfrische ist ab und zu ganz angenehm, zumal sie dazu beitragen könnte, die welche die Ferienfreuden genießen können, zu veranlassen, etwas mehr wie bisher mitzuhelfen, daß auch gerade die Arbeiter mehr wie 3, 4 oder höchstens 8 Tage Ferien bekommen.

Oder sollten die Sommerfrischler alle der Auffassung sein, daß nur die sogenannten Bessersituierten ein Anrecht auf Ferien hätten? Ich glaube doch nicht!

J. d. R.

Sozialpolitik in der guten alten Zeit

Die Gelben und die Unternehmer jammern über die Kosten der Sozialpolitik und stellen den Arbeitern die Verhältnisse in der früheren Zeit als verlockender hin. Wie es damals den alten, abgearbeiteten und nicht mehr leistungsfähigen Menschen erging, die nicht in wohlhabende Vermögen herangeboren worden, sondern zum Lebensunterhalt auf den Ertrag ihrer Arbeit angewiesen waren, lehren recht eindrucklich alte Chroniken und Kirchenbücher. So bezeichnet das Kirchenbuch der Gemeinde Bodau in Sachsen folgenden Fall aus dem Jahre 1771:

„Sebastian Dienert, ein Nagelschmiedsgeselle... bey Mr. Arnolds 8 Wochen in Arbeit gestanden und krank geworden. Da nun der Meister bei der jetzigen Theuerung und großen Armut ihn nicht verpflegen konnte, schaffte er ihn krank nach Eibenroß und die Eibenroßler nach Sojau. Die Sojauer aber führten ihn auf einem kleinen Wagen hierher, laden ihn in freien Felde ab, da denn der Patient mit Würde das erste Haus... kriedt. Dies geschah am 21. April... da er den 22. bejahren gegen Abend sich verstarb...“

Noch zwei andere Fälle ähnlicher Art hat das bodauer Kirchenregister verzeichnet. Sie betreffen gleichfalls die Gemeinde Sojau, die demnach gegen Arme und Sieche ganz besonders rabiat aufgetreten zu sein scheint, nachdem sie vorher von ihren Dienstherr-

schaften als arbeitsunfähig von bannen gejagt worden waren. So heißt es über einen Gärtner Johann Siegmund Koppe: „... Er war in die 15 Jahre lang bey adeligen Herrschaften in Diensten gestanden, vornehmlich 12 Jahre in Magdab bei Blauen, und als er erkranket, von einem Ort zum andern gefahren worden, bis ihm die Sojauer den Rest vollends gegeben, als welche ihn, ohne seiner zu pflegen, totfrank in der Nacht nach 10 Uhr auf einem Schab-Larren ohne Unterbrecht... vor die Tür des hiesigen Richters legten; worauf er denn... verstarb...“

Am schlimmsten erging es der Witwe eines sojauer Sändlers, Susanna Regina Ritterin. In Carlsbad erkrankte sie schwer, hatte zuletzt ihr Geld verzehrt und wurde nach Johannegeorgenstadt abgehoben. Die Johannegeorgenstädter waren davon nicht erhaucht und führten sie nach Jägerhausen, wo sie sie „in der größten Kälte vor die Thür gelagert... Als der Wirth herauskommt... begehrt sie von ihm nach Bodau zu ihren Freunden geführt zu werden, welches auch geschah. Die Freunde, welche sich nicht berechnigt zu sein glaubten, nachdem sie in die 20 Jahre und mehr Steuern und Abgaben in Soja entrichtet, lassen sie wiederum dahin transportieren. Die Sojauer machen es wiederum wette und laden sie hinter der Kirche am Wege ab, worauf sich das arme Weib in das erste Haus hierher in der großen Kälte schleicht...“

Nachdem dann die bedauernde Susanna Ritterin noch einige Male zwischen verschiedenen Gemeinden hin- und hergehoben worden war, starb sie schließlich und fand damit Erlösung von ihren Leiden. „... Alles dieses geschah binnen acht Tagen in der kältesten Winterzeit. Entzueh dich nicht von deinem Fleische!“ Mit diesen Worten schließt der Chronist.

So ging es den verbrauchten Proleten in der „guten alten Zeit“, von der jetzt wieder soviel die Rede ist. Das ist es, was sie den Industrie- und Kapitalbrittern unserer Tage so sympathisch macht und was sie lieber heute als morgen wieder eingeführt haben möchten!

... b...

Klimawechsel

Jetzt kommen wieder die Tage, an denen die Menschen daran zweifeln, ob wir im Sommer, im Herbst oder gar schon im Winter leben. Wo der Mensch nicht mehr die Grenze findet zwischen Sommer und Herbst und einmal stößt wie an kalten Oktobernächten, und dann wieder schmilzt wie an heißen Julitagen. Wir sind es so schon gewohnt, schon von der Schule her, daß wir die vier Jahreszeiten der Reihenfolge nach kennen und nennen und glauben, nun auch Anspruch zu haben, daß dem Sommer der Herbst, dem Herbst der Winter und diesem der Frühling folgt, ohne Unterbrechung, ohne Seitenprünge. Die Wirklichkeit aber läßt höhnisch den Kalendermann aus, der auf seinem Schein besteht wie Ephylos und läßt die Sonne scheitern, wenn wir uns sehnen nach einem Schneemann, läßt stürmen und regnen, wenn wir glauben, als Kalender das Recht zu besitzen, Sonne zu fordern, weil es Juli oder August ist, und figelt uns mit heftigen Hagelstauern, wenn wir glauben, herbstlich geklimmt zu sein. Was kümmert sich die Wirklichkeit um den Kalender und unsere Wünsche, was geht es das Wetter an, ob es März, Juli oder Oktober ist, es regnet, es schneit, selbst wenn jetzt die Sonne scheint, es hagelt, selbst wenn es jetzt linde Winde wehen sollte!

Wir bezweifeln am Wetter und glauben an eine Revolution der Natur, weil wir im Sommer Mäntel und im Winter leichte Kleidung tragen müssen, weil wir im August frieren und im Oktober schwitzen!

So träumen wir schon davon, daß wir bald wieder einer Eiszeit entgegengehen oder einer neuen Tertiarzeit. Das sind nur die äußeren Anzeichen, die warmen Winde im Winter und die kalten Tage im Sommer! Bald hört das mitteleuropäische Klima auf, warm und kalt zu sein entsprechend den Jahreszeiten und ein neues Klima bricht herein.

Ist unser heutiges Klima wirklich unüberänderlich und bleibt es ewig so, wie es sich heute äußert, kalt im Winter, aber erträglich, warm, heiß im Sommer, auch erträglich, aber nie so kalt und heiß werdend, daß alles Leben auf Erden erstickt wird? Wir hatten schon verschiedene Klimaten während der Entwicklung der Erde gehabt, so zum Beispiel während der Tertiarzeit, Eiszeit, Diluvialzeit.

Während Deutschland während der Tertiarzeit ein im Vergleich mit den heutigen Palmenhain, ein tropisches Land mit blühendem Gewächs, mit tropischer Sonnenglut, das Indien der Tertiarzeit, so verwandelt es sich während der Eiszeit in eine Polarwüste, in ein Land des ewigen Eises und der kühlen Eisberge, um wieder in der Zeit der gewaltigen Saure wärmer, sonniger, lebensfähiger zu werden.

Warum soll Deutschland, Europa immer unter demselben Klima leben und nicht wieder einmal einem gewaltigen, alles Leben vernichtenden Klimawechsel unterworfen werden? Gewiß einmal, vielleicht in Jahrtausenden, Jahrmillionen wird wieder das Klima in dem jetzigen Deutschland und Europa der Erde eiskalt oder siedend heiß sein! Das sind aber geologische Zeitspannen, mit denen wir ja nicht rechnen! Und wenn heute das Wetter warm und schön ist, morgen aber kalt und regnerisch, dann wollen wir doch von dem künftigen Glauben abgehen, daß das schon die Wettervorzeichen einer beginnenden geologischen Umänderung der Erde bedeuten und wir am Beginn der neuen Eiszeit stehen! Bis dahin werden sich noch Millionen von Geschlechtern Gedanken und Sorgen machen über Welt und Wetter!

Dr. Franz Wolf.

Ein Schlauberger

Sich dummer zu stellen, als sie tatsächlich sind, scheint zum Beruf der begabtesten Schreiber in Unternehmerrättern zu gehören. Als Beweis lese man folgende Notiz, die wir der „Arbeitgeber-Zeitung“, dem Blatt der führenden deutschen Wirtschaftszintelligenz, entnahmen:

Die Technik human und sozial
„Technik — Gewerkschaft — Sozialismus“, ein etwas seltsamer Dreiklang, an dem sich jüngst ein unbekannter Autor in der sozialistischen Dresdener „Vollmacht“ heraustrug. Doch man erfährt dabei wenigstens alles mögliche Wissenswerte über die Technik. So z. B. dieses:

„Gleichzeitig vermindert die wissenschaftliche Technik grobe Muskelarbeit und äußerste Ermüdung. Sie schüßt das Leben des Menschen, gestaltet es angenehmer, leichter, entlastet den Menschen; dient dem Menschenschuß und dem Menschenwohl. Das ist human und sozial.“

So, ja! Die Technik ist also plötzlich human und sozial geworden. Bei Lohnverhandlungen hörte man bisher von den Arbeitnehmern doch immer genau das Gegenteil, weil sich mit der „mörderischen“ Technik Lohnforderungen so gut begründen ließen.

Es gibt nur eine Erklärung, der Mann, der dies geschrieben, ist niederrätiger Demagog. Die fortschrittlich gestimmte Arbeiter-schaft hat nie und zu keiner Zeit gegen die Technik angeknüpft, nach Marx ist doch der Sozialismus erst auf einer vollkommenen Produktion mit vollendeter Technik möglich. Das ist heute die Anschauung aller freien Gewerkschafter, aber wir werden uns mit allen Kräften dagegen, daß die fortschrittliche Technik, die vorteilhafte Produktion dazu dient, den Unternehmern schwere Profite in der Beute zu leiten und die Arbeiter um jede Lebensmöglichkeit zu bringen. Die segensreiche Technik wird nicht benutzt, um den Arbeitern ihre schwere Arbeitslast zu mildern, sondern ihre Lebenshaltung weiter zu schmälern. Darum fordern wir, wo die verbesserte Technik einen höheren Ertrag abwirft, auch bei Lohnverhandlungen einen erhöhten Ertrag von unserer Arbeit. Das sollte auch ein Schreiber von Unternehmerrättern wissen.



Verbandsleben



Was wir brauchen

Der jahrelang im Betriebe als Vertreter der Arbeiter fungiert hat, wird wissen, wo es hapert. Da kommt dieser und jener Kollege, der Rat und Tat braucht und dem geholfen werden soll. Aber wie? Es ist nicht zu leugnen, daß man in unserer Metallarbeiter-Zeitung, der Betriebsräte-Zeitschrift und in Versammlungen Aufklärung reichlich findet. Allein, das kann noch nicht genügen, denn oft ist Hilfe geboten, damit eine Entscheidung nicht zuungunsten des Arbeiters ausfällt. Da muß der Arbeiterrat zunächst natürlich das Betriebsrätegesetz kennen, die Arbeitszeitverordnung, das Tarifvertragsrecht, das Arbeitsgerichtsrecht, Gewerbeordnung, Lohnsteuergesetz, das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, die Reichsversicherungsordnung, die Lohn- und Pachtentwerfe und weiß Gott was noch alles. Das ist schier unmöglich für einen Menschen, der seine neun Stunden im Betriebe schafft und Anmarschwege zur Arbeitsstätte zurückzulegen hat. Denn welcher Arbeiter kann sich nach 14stündiger Abwesenheit von zu Hause noch in diesen vielgestaltigen Gesetzesraum vertiefen? Aber er muß trotzdem den gestellten Anforderungen des „Ehrenamtes“ gerecht werden. Hier gilt es, von unseren Spitzenverbänden nach einer Vereinfachung des Schrifttums über Arbeitsrecht zu streben, denn es wird mehr geboten, als ein Arbeiter durchlesen kann. Nun wird man einwenden, wende dich in einer Streitsache an deinen Verband! Das ist richtig, ist aber nicht immer möglich, wenn nicht Zeitverluste eintreten sollen, die zuungunsten eines rat- oder hilfsbedürftigen Kollegen ausschlagen können.

Meiner Ansicht nach muß das Augenmerk der Verwaltungen, besonders der kleineren, viele Ortschaften umfassenden, darauf gerichtet sein, tüchtige Betriebsräte heranzubilden. Neben dem in kleinen Orten auch fast stets die Angestellten im Betriebsrat, die doch eigentlich mehr Bildung und geistiges Rüstzeug mitbringen könnten. Deshalb möchte ich vorschlagen, künftig aus den kleineren Verwaltungen mehr als bisher den einen oder anderen begabten Kollegen zu den Kursen der Wirtschaftsschule zu entsenden, damit sie besser für die mannigfachen Aufgaben ihres „Ehrenamtes“ vorbereitet sind.

Nun komme ich noch zu den Preisen der Bücher, die ein Arbeiterrat haben möchte, um sich jederzeit unterrichten zu können. Man muß sagen, daß sie viel zu hoch sind. Welcher Arbeiterrat und Familienvater kann zum Beispiel für das Betriebsrätegesetz von Glotz und andere Bücher 18 A aufwenden? Das ist ganz unmöglich bei diesem Lohn. Hier sollte der Verband helfend eingreifen. Ohne eine allgemeinere Heranbildung von Betriebsräten in Kursen und ohne billige Gesetzbücher (mit Erläuterung) wird es mit dem Ratgeben und der Vertiefung der Sache der Kollegen im Betriebe immer hapern. Dies müßte die Verbandsleitung mehr als bisher beherzigen.

Wie „rationalisiert“ wird

Von einem Wert in Dehnanen wird uns geschrieben:

Wie ist von der Rationalisierung geredet und geschrieben worden. Nun möchte auch ich dazu etwas aus meiner Erfahrung schreiben. In unsere Betriebe kamen im Jahre 1926 drei neue Herren, nämlich zwei Direktoren und ein Obergeringler von außen. Diese Herren sollten nun den Betrieb reorganisieren. Ein sogenannter Reorganisator, der schon über ein Jahr lang die Sache in den Händen gehabt hatte, wurde nach einiger Zeit entlassen, nachdem er doch nur einen Berg von unnutzigen Papieren gehäuft hatte. Der neue Obergeringler fand auch bald heraus, daß die Maschinen zu langsam liefen, und vor allem, daß die Afforde zu hoch seien. Ohne sich darum zu kümmern, ob die Werkzeuge wohl auch einen schnelleren Gang zuließen, konnte man den Afford (Zeitmaß) bis zur Hälfte und darüber hinaus ab, man konnte einen großen Teil alter Maschinen, die man anderswo ausstragiert hatte. Außerdem wurden einige neue Maschinen angeschafft und Verbesserungen an Werkzeugen vorgenommen, so daß man sagen konnte, es wurde tatsächlich etwas verbessert, wenn auch von einer Reorganisation des Betriebes keine Rede sein konnte. So weit, so gut. Nun aber die andere Seite der Medaille von Rationalisierung. Unser Betrieb fertigt hauptsächlich Einzel- oder Sonderstücke. Sollen diese im Afford gemacht werden, sind viele Vorarbeiten und zahlreichere Kalkulationen nötig. Darum haben wir ja heute ein großes Zimmer voll Kalkulatoren, die mit Rechenzylinder, Tabellen, Stoppuhr usw. versehen. Daneben viele Schreiber, die die Affordkarten ausfüllen. Bei diesen Karten ist man nicht kleinlich, es kommt auf eine Affordkarte mehr oder weniger an. Daß die Afforde von einer Minute oder auch noch weniger ausgerechnet werden, ist keine Seltenheit. Daß der Arbeiter mit der Karte zur Uhr laufen muß, um sie auszufüllen, und wenn die Arbeit fertig ist, um sie abzuhängen, sei mir nebenbei bemerkt. Es kostet also viel Zeit und Geld, bis man alles hat.

Von der Betriebsleitung wird den Arbeitern gesagt: Eure Affordkarten werden euch gebracht, damit braucht ihr euch nicht zu kümmern. In Wirklichkeit schreibt sich der Arbeiter alles selbst auf, geht dann mit dem Zeitmaß auf die Straße nach dem Kalkulator. Wenn er Glück hat, kommt er in einigen Stunden zu der Affordkarte — wenn das Stück schon meistens fertig und eine andere Arbeit angefangen ist. Mit dieser Maß der Handlung nach dem Kalkulator ebenfalls gemacht werden.

Nun hört ich sagen: Darin die Reorganisation wegen der Affordkarte wird doch die Arbeit viel zu teuer! Das ist auch tatsächlich der Fall. Doch wir kommen demnach zu unserer Sache, weil dafür der Tarifvertrag sorgt, der die Bezahlung der Reorganisation vorzieht. Wundert sich über diese Rationalisierung ist die alte Karte. Sie bildet in eine Art Rechenmittel. Sie wird benutzt, wenn ein Stück nicht in der vorgeschriebenen Zeit fertig wurde. Der Affordpreis darf nur mit Genehmigung des Obergeringlers nach oben geändert werden, nach unten haben die Kalkulatoren freie Hand. In ihnen ist eine Anzahl Kontrollen gekommen, die nachprüfen haben, warum und wieviel nach oben geändert wurde. Man kann sich leicht vorstellen, wieviel Leute da in dem Betrieb herumhüpfen, um die Rationalisierung in Ordnung zu halten. Das Kalkulator, Ausfüllen, Kontrollieren, Nachprüfen und dann das Aufhängen, Ausfüllen und Registrieren der vielen Karten, eines Berges von Papier, kostet mehr als die eigentliche Erzeugung. Was Wunder, daß jetzt, eben durch die Rationalisierung, eine Arbeit bedeutend mehr kostet als vorher. Darin ist Überzeugung herzustellen, daß es nicht geht, wenn die Rationalisierung eine Arbeit bedeutend mehr kostet als vorher. Darin ist Überzeugung herzustellen, daß es nicht geht, wenn die Rationalisierung eine Arbeit bedeutend mehr kostet als vorher. Darin ist Überzeugung herzustellen, daß es nicht geht, wenn die Rationalisierung eine Arbeit bedeutend mehr kostet als vorher.

Wirtschaftsschule Dürrenberg und Betriebsrätebildung

Ich habe es für angemessen, auf den Antrag des Kollegen Reiche in Nr. 21 der RZ einiges zu erwidern. Kollege R. meint, daß in erster Linie der Angehörten der Schule ermöglicht werden müßte. Ich sehe mich als Betriebsrat an dem Standpunkt, daß auch für sie noch manches nachgeholt ist. Aber der Wunsch, daß wenigstens einmal sämtliche Angehörige zu Dürrenberg geschickt werden, können wir Betriebsräte auf keinen Fall unterstützen, denn bei der Zahl der Angehörten des VDB wäre in absehbarer Zeit gar nicht mehr an einen Kurs für Betriebsräte zu denken. Wenn der Kollege Reiche anführt, daß der An-

gestellte den Arbeiter geistig überragen müsse, so ist das selbstverständlich; aber diese Fähigkeiten muß er zum Teil schon ins Angestelltenverhältnis mitbringen.

Der Verfasser führt weiter aus, daß die Kurse für Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis nicht den Erfolg zeitigen, den man erwartet, und er beruft sich dabei auf einen Kollegen in Geislingen. Dieser eine Fall kann jedoch kein Grund sein, diese Erfahrung auf die Allgemeinheit umzulegen. Da müßte ich schon der Verwaltung in Geislingen etwas Schuld geben, denn dann hat sie eben bei der Auswahl der Bewerber nicht die notwendige Sorgfalt walten lassen. Ein großer Teil der Betriebsfunktionäre, die bereits an Kursen teilgenommen haben, werden es ganz entschieden zurückweisen, daß das dort Gelernte nicht von Vorteil für die Gewerkschafts- und Betriebsrätebewegung sei. Es kann auch unter Angestellten Kollegen geben, die sich unter der Wirtschaftsschule etwas anderes vorgestellt haben. Wenn dann der Kollege Reiche der Auffassung ist, daß die Angestellten, gleichviel ob es ihnen paßt oder nicht, nach Dürrenberg geschickt werden müßten, dann steht schon von vornherein fest, daß für diejenigen, die hierzu gezwungen werden würden, der Erfolg gering sein müßte. Es wird weiter gesagt, daß viele Kollegen in andere Berufe wechseln. Darauf muß ich entgegnen, daß auch dies bei Angestellten vorkommt. Ich erinnere dabei an die Belegung von Stellen in Arbeitsämtern, Rathäusern, Gewerbeaufsichtsamtern usw. Ich kann jedenfalls von mir sagen, daß für mich in meiner Tätigkeit als Betriebsrat und Verbandsfunktionär der Besuch der Schule von außerordentlichem Vorteil war, denn wir haben täglich mit den Unternehmern und deren Beauftragten zu verhandeln, und da ist es nicht unerlei, ob man von Wirtschafts- und arbeitsrechtlichen Fragen etwas versteht oder nicht.

Ich spreche deshalb den Wunsch aus, daß recht vielen Kollegen der Besuch der Schule ermöglicht wird zum Nutzen der Gewerkschaftsbewegung.

Gehtet durch mangelhafte Schutzvorrichtung

Ein tödlicher Unfall ereignete sich kürzlich auf den Volkstetter- und Jakobswiesen in Langschöde-Ruhr. Der erst 19 Jahre alte Arbeiter B. Wendt kam mit der Starkstromleitung an einer elektrischen Schweißmaschine in Berührung und war auf der Stelle tot. Die Feststellungen haben ergeben, daß das Unglück auf mangelhafte Schutzvorrichtungen zurückzuführen ist. Die unter 500 Volt liegende Starkstromleitung liegt an der Schweißmaschine dicht über dem Boden. Eine Schutzkappe schützt die Einstufungsstelle an der Maschine. Es ist selbstverständlich, daß diese Schutzkappe so beschaffen sein muß, daß sie die Sicherheit eines vollständigen Schutzes stets gewährleistet. Dies war aber an dieser Maschine nicht der Fall. Die Schutzkappe ließ durch Verschleiß und Abnutzung nicht mehr genügend ist. Der so tragisch ums Leben gekommene Wendt dürfte, als er an der Unglücksstelle vorbeikam und stehen bleibend mit dem Schweißgerät einige Worte sprach, mit dem Fuß die Kapsel berührt oder die lose sitzende Schutzkappe durch Anstoßen zum Fallen gebracht haben und dann damit in Berührung gekommen sein. Jedenfalls ist einwandfrei festgestellt, daß nach dem Unfall die Schutzkappe an der Erde lag, die notwendige Sicherung also nicht vorhanden war. Dieser Unfall zeigt, daß die notwendigen Schutzmaßnahmen immer erst angeordnet werden, wenn Unfälle entstanden sind.

Karl Maier Jubilar

Des Vorstandes rechte und linke Hand — auf dem linksruher Verbandsstag wurde der Kollege Maier so genannt — konnte am 1. September die Feier seines 50jährigen Dienstjubiläums begehen. Alle Kollegen, die mit Karl Maier in Verbandsdingen in Verbindung getreten, wissen, daß er nicht nur die rechte und linke Hand ist, sondern auch der Kopf, der alles weiß, ja einfach alles wissen muß, was in den letzten vier Jahrzehnten in- und außerhalb des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes passiert ist. Wahrheit und Sachgeschehen nennen. Besonders die Verbandsstagsvertreter der letzten zwanzig Jahre kennen den pflichterfüllten Geist, der die gesamten Verbandsdinge organisatorisch in Ordnung hielt. Wo Karl Maier's ordnende Hand walte, da klappete es.

Maier ist im Jahre 1874 in Stuttgart geboren. Von Beruf war er Klempner. Nach der Lehre ging er in die Fremde und 1892 — als Achtzehnjähriger — fand er in Bielefeld den Weg zu unserem Verband. Ein stiller, ruhiges Arbeiten für die Arbeiterbewegung nahm damit seinen Anfang. Frühzeitig wurden die großen Fähigkeiten Karl Maier's entdeckt und auch sofort der Bewegung nutzbar gemacht. Ganz jung wurde er vom Arbeitsamt Stuttgart — eine Einrichtung, die damals nur in dem rechtsrheinischen Württemberg bestand — angestellt, um in Arbeitsrechts-, Berufs- und Anwesenheitsfragen tätig zu sein. Später hat sich dann unser Verband den Kollegen für die Verbandsarbeit geföhrt. Heute ist Karl Maier im Hauptbüro der Leiter der statistischen und wirtschaflichen Abteilung. Zu den herzlichsten Wünschen, die dem verehrten Verbandskollegen zugebracht sind, wollen auch wir unsere besten Grüße geben und hoffen, daß Karl Maier noch manches Jahr seine wertvolle Arbeitskraft dem Deutschen Metallarbeiter-Verband widmen möge.

Schriftenschau

Zum Gedächtnis am 21. Oktober. Die Partei rüstet schon allerorts, um den 21. Oktober, den 50. Geburtstag der Verkündung des Sozialistengesetzes, zu einer Kundgebung des sozialistischen Proletariats Deutschlands zu gestalten. Als Material zu diesem Gedächtnis wird in dem Augustheft der „Bürgerwarte“ (in der Beilage „Arbeiterbildung“) eine umfangreiche Vortragsanordnung von Paul Kampffmeyer. Die Überschrift des Sozialistengesetzes“ veröffentlicht, in der ein Überblick durch die gesamte Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie gegeben wird. In demselben Heft finden sich auch Programmvorschläge von A. Dem und A. Johannesson für die Ausgestaltung der Gedächtnisfeier am 21. Oktober, die sicherlich den Organisationswillkommen sein werden. Die „Bürgerwarte“ zum Gedächtnis der Partei ist am Preise von 1,50 A für das nummerierte Heft 1 A. Der Reichsanwalt für sozialistische Publikationswesen, Berlin SW 68, Lindenstr. 2, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Die Regelung des Arbeitsgesetzes, insbesondere der Arbeitszeitvermittlung und Arbeitslosenversicherung (Wärderei des Arbeitsrechts, Neue Folge, Band 9), 1928, 221 S. Dän. In Ganzleinenband 6,40 A. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin SW 61. Die vielfachen Änderungen und ständigen Ergänzungen der Gewerbeordnung und die selbständigen Gesetze und Verordnungen, insbesondere über die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit erfordernden eine zusammenfassende und übersichtliche Darstellung. Unter Berücksichtigung der Ausführungsbestimmungen und des neuen Arbeitszeitgesetzes hat Präsident Dr. Friedrich Schnap, unter dessen Jahre lang, das geltende Recht bearbeitet und angelegt, und so einen präzisen Führer für die Praxis geschaffen, der die gesamte Gesetzgebung umfasst.

1928, Ortsanweisung Berlin, Jahrbuch für das Geschäftsjahr 1927, Berlin SO 16, Engelstr. 24/25.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: S.-A. 62841, 62842, 62843

Mit Sonntag dem 16. Sept. ist der 38. Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 22. September 1928 fällig.

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungstellen, denen die Adresse des Aufgeforderten bekannt ist, wollen diese an den Vorstand melden. Das Mitgliedsbuch ist an den Vorstand einzusenden.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Münster i. W.:
Der Monteur Josef Grebe, geb. am 28. Mai 1902 zu Stippstadt, Mitgliedsbuch Nr. 6422506, wegen Nichtabrechnen mit Beitragsmarken.

Häufig werden Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigelegt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollten sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Stuttgart, Adickstraße 16. Der Vorstandsvorsitzende.

Zur Beachtung! • Zugang ist fernzuhalten:

von Drechern und Siewern nach Graz (Andriher Maschinenfabrik A.-G.) D.;
von Klempnern und Installateuren nach Hamburg-Altona; nach Holland St.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach dem Eisen- und Stahlwerk Pleißner-Perzberg (Verwaltungsst. Osterode a. H.) D.
S. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; W. = Wahrung; M. = Mißstände; A. = Auslieferung.
Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abstempeln zu lassen.
Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Die Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

hielt vom 21. bis 25. August in Freiburg i. B. ihre Generalversammlung ab. Es waren dazu 127 Vertreter mit gültigen Mandaten erschienen. Aus der Fülle des Beratungsstoffes — es lagen allein 193 gedruckte Anträge vor — sei nur das wichtigste herabgehoben. Nach dem Verwaltungsbericht hat sich die Kasse im Jahre 1927 günstig entwickelt. Die Mitgliederzahl ist von 131 324 auf 137 485 gestiegen, bis zur Generalversammlung wurde die Zahl 142 000 erreicht. Die Gesamteinnahmen waren 1927 4 599 288 A, die Ausgaben für Krankengeld 3 565 484 A, an Sterbegeld wurden 196 062 A gezahlt. Das Vermögen stieg von 1 247 366 A auf 1 583 178 A. Die besondere Sterbekasse für die Mitglieder der Krankenkasse und deren Frauen zeigt eine noch günstigere Entwicklung. Der Mitgliederbestand hob sich 1927 von 54 141 auf 61 498. Die Gesamteinnahmen betragen 658 174 A, die Ausgaben für Sterbegeld 309 870 A. Das Vermögen stieg von 867 978 A auf 1 153 379 A.

Der Vorstand war auf der Generalversammlung zu Eberfeld (1926) beauftragt worden, dem Problem einer Altersversicherung näherzutreten, eventuell in Gemeinschaft mit den anderen Zuspruchsstellen die Vorläufe zu prüfen, auf der die Gründung einer solchen Versicherung möglich ist. Vorstand und Aufsichtsrat prüften die Frage, aber beide Stellen kamen zu dem Beschluß, daß die Einführung einer Altersversicherung für die freien Kollegen zu verneinen sei. Der Vorstand begründete die Ablehnung mit in treffenden Gründen, daß die Generalversammlung beschloß, den Plan nicht weiter zu verfolgen. Die Ablehnung geschah auch noch ausdrücklich mit dem Hinweis, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband nun die Alters- und Invalidenversicherung eingeführt habe und wir diesem bei den nachdenklichen Beziehungen der Kasse zu ihm keine Konkurrenz machen dürften.

Bei der Statutenberatung der Krankenkasse lösten die Anträge über das zu gewährende Krankengeld eine lebhafte Erörterung aus. Die Kasse zahlt seit Oktober 1927 das Zwanzigfache des wöchentlichen Beitrags, trotz des Beschlusses der letzten Generalversammlung, die das Achtzehnfache festgesetzt hatte. Aber durch den günstigen Rechnungsablauf für 1926 und infolge der günstigeren wirtschaftlichen Verhältnisse wurde der Vorstand dazu gedrängt, mehr zu gewähren, obwohl andere ähnliche Kassen weniger gewähren. Durch zahlreiche Anträge wurde nun verlangt, daß die Metallarbeiterkasse das Zwanzigfache bis Achtundzwanzigfache leisten solle. Alle diese Anträge wurden abgelehnt. Der Vorstand hatte einen Antrag unterbreitet, in Zukunft mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage nur das Achtzehnfache zu leisten, und die Satzungskommission habe sich dem Antrag angeschlossen. Er wurde jedoch abgelehnt. Es bleibt beim Zwanzigfachen. Der Vorstand forderte aber darauf eine bestimmte Vollmacht zur Erhebung von Extrabeiträgen, wenn der Kassenzustand erheblich sinken sollte. Diese Vollmacht wurde erteilt mit der Maßgabe, daß Arbeitsinvaliden keine Extrabeiträge zu leisten haben. — Von den Änderungen der Statuten seien nur erwähnt, daß fernerhin wieder die Metallarbeiter-Zeitung als Kassenzustand an Stelle des Hamburger Echo bestimmt wurde. Auf Verlangen der Steuerbehörde mußten genaue Bestimmungen in das Statut aufgenommen werden, wie das Vermögen der Kasse zu verwenden ist, wenn sie geschlossen oder ihr Charakter der Gemeinnützigkeit der Wohlthätigkeit weggelassen würde. — Von den Satzungsänderungen bei der Sterbekasse ist die wichtigste, daß das Sterbegeld erhöht wurde und in der untersten Stufe schon nach sechsmonatiger Beitragsleistung 60 und 120 A gezahlt werden.

Dem Vorstand, dem Aufsichtsrat und dem Hauptkassier wurde einstimmig Entlassung erteilt. Die beurlaubten bisherigen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Einstimmig wurden auch die für die übrigen Ämter vorgeschlagenen gewählt. Der Vorsitzende Welbers lösch die Generalversammlung mit der Mahnung an die Delegierten, nach der Rückkehr in die Heimat dafür zu sorgen, daß der Kasse durch Beitritt der jüngeren Kollegen neue Kräfte zugeführt und die Kasse sich weiter segensreich entwickeln könne.

Der mangelnde Rechtsschutz der Arbeitskraft

Von Heinz Potthoff, München

Wenn Artikel 157 der Reichsverfassung die Arbeitskraft unter den „besonderen Schutz des Reiches“ stellt, so wird damit ein weit ausgreifendes Programm aufgestellt. Denn gegenwärtig gibt es nichts, was so in e r i g sich des Rechtsschutzes erfreut wie die Arbeitskraft. Das Recht ist viel weniger Ausdruck irgendeines Ideales als der Machtgruppierung im Staate. Es wird von den herrschenden Schichten gemacht gegen die anderen. Und herrschend ist bei uns bisher der Besitz gewesen. Sein Interesse ist für das allgemeine Recht durchaus maßgebend und nur in dem sozialpolitischen Sonderrechte durchbrochen.

Für das Zivilrecht hat bei der Schaffung des BGB der Wiener Menger mit besonderer Schärfe dargelegt, wie stark das Recht von den Besitzenden gegen die besitzlosen Klassen gefaltet wird. Wenn auch seine Kritik vielfach Erfolg gehabt hat, so ist doch das BGB dem Bedürfnisse nach Schutz der Arbeitskraft durchaus nicht gerecht geworden. Es enthält nicht nur kein Arbeitsrecht, sondern überhaupt keine Andeutung darüber, daß die Arbeitskraft ein zu schützendes Gut ist. Unter den Gütern und Rechten, deren Verletzung nach § 823 BGB zu Schadenersatz verpflichtet, befindet sich die Arbeitskraft nicht. Nur ihre enge Verbindung mit Gesundheit und Unversehrtheit des Körpers gibt ihr einen mittelbaren Schutz, weil ihre Verletzung gewöhnlich mit einer Gesundheitschädigung verbunden ist. Aber wo das nicht der Fall ist, da versagt das Gesetz. Durchgesetzt hat sich beispielsweise, ohne ausdrücklich genannt zu sein, das Recht auf freie Ausübung des Gewerbebetriebes als durch § 823 BGB geschützt; nicht dagegen das Recht auf freie Betätigung der Arbeitskraft. Wer einem Unternehmer einen Angestellten abspenstig macht, ist jenem zum Schadenersatz verpflichtet; aber wer durch Wettbewerbsklausel oder durch schwarze Liste einen Arbeiter von der Tätigkeit aussperrt, ist nicht schadenersatzpflichtig. Ersetzt wird nämlich nur Vermögensschaden (mit einzelnen Ausnahmen, unter denen sich die verletzte Arbeitskraft nicht befindet). Arbeitsfähigkeit aber gilt dem BGB nicht als Vermögenswert, Arbeitstätigkeit nicht als Kulturwert, sondern als Last, deren Vermeidung ein Vorteil für den Menschen ist. So kann es kommen, daß bei Schädigung der Arbeitskraft nicht der Verletzte, sondern ein anderer daraus einen Schadenersatzanspruch gewinnt: so der Ehegatte aus der Fernübernahme der Arbeitsfähigkeit seiner Frau nach einer Reichsgerichtsentcheidung; so ein Dienstberechtigter für die durch Tötung, Körperverletzung oder Freiheitsentziehung des Dienstverpflichteten ihm entgehenden Dienste nach § 845 BGB. Auch wenn § 842 BGB den Schadenersatz für unerlaubte Handlung auf die Nachteile „für den Erwerb und das Fortkommen“ des Beschädigten erstreckt, wird unter beiden Worten das gleiche verstanden, nämlich nur der Vermögensschaden, der Ausfall an Verdienst, nicht der ideale Wert des Schaffensfortschritts.

Noch schärfer fast kommt der reine Vermögensschutzcharakter im allgemeinen Strafrecht zum Ausdruck, das nach einem bekannten Worte F. H. v. L. die beste Anzeige für die tatsächliche Wertung sozialer Güter ist. Auch im Strafrecht kommt das Wort „Arbeitskraft“ nicht vor. Und die Verletzung der Arbeitskraft, die nicht gleichzeitig Verletzung der Gesundheit, des Körpers oder Freiheit ist, bildet keine strafbare Handlung. Die Auffassung, daß Arbeitskraft als Arbeitsfähigkeit ein Vermögenswert sei und als solcher dem gesamten Vermögensschutze unterstehe, ist nicht anerkannt. Sie wird auch den Forderungen des Art. 157 RV nicht gerecht, denn dieser will den arbeitenden Menschen und nicht das Vermögen schützen. Und wo an der Unterstellung der Arbeitskraft unter Vermögensschutz kein Zweifel ist, da versagt die Rechtsprechung. Daß durch Hungerlohn die Arbeitskraft eines anderen wucherisch ausgenutzt werden kann und dieses Verhalten unter den schwer strafbaren Sachverhalten fällt, wird allgemein anerkannt. Aber obgleich die ungläubliche Auswucherung der Heimarbeiter in Großstädten und Gebirgsdörfern (namentlich vor dem Kriege und vor den Lohnkämpfen) allgemein bekannt war, obgleich zwei große Heimarbeiterausstellungen das Elend in alle Welt hinausführten, hat noch kein Staatsanwalt die Wucherfrage gegen einen Unternehmer erhoben.

Gegenwärtig sind lebhafteste Bestrebungen im Gange, bei der Neufassung des Strafrechtbuchs einen besonderen Schutz der Arbeitskraft einzufügen. Namhafte juristische Körperschaften haben sich dafür eingesetzt. Aber aus den Kreisen der Nichtbeteiligten sind Bedenken geäußert worden. Die Vorschriften müssen nämlich offen nur den Arbeiter gegen den Unternehmer schützen, sonst verfehlen sie ihren Zweck. Genau wie der Vermögensschutz trotz seiner allgemeingültigen Form tatsächlich ein einseitiger Schutz der Besitzenden gegen die Nichtbesitzenden ist, muß der Arbeitsschutz ein einseitiger Schutz der in fremdem Dienste arbeitenden Menschen gegen die Vermögenden sein. Das dürfte kaum zu erreichen sein. Wenn es aber nicht klar ausgesprochen wird, besteht die große Gefahr des Mißbrauches der neuen Bestimmungen gegen die Arbeiterbewegung. Man hat früher Gewerkschaftssekretäre wegen Erpressung bestraft, weil sie in Lohnverhandlungen für den Fall des Scheiterns den Streik in Aussicht stellten. Man hat die Ehre von Streikbrechern weit schärfer als die von Fürsten geschützt und wegen eines solchen Wides Familienbater ins Gefängnis gesteckt — sicher nicht um der Streikbrecher, sondern um des bedrohten Vermögensinteresses der bestreikten Unternehmer willen. Man hat neuerdings Angestellte wegen Betruges angeklagt, als ihnen die Zivildienstung des Tariflohn trotz tarifwidriger Einzelvereinbarung zugesprochen hatte. Deswegen ist es heute weit wichtiger, die allgemeinen Sätze so zu fassen, daß sie nicht falsch angewandt werden können, als neue Paragrafen zu schaffen. Der Schutz der Arbeitskraft hat heute seinen sichereren Platz in den besonderen Sozialgesetzen.

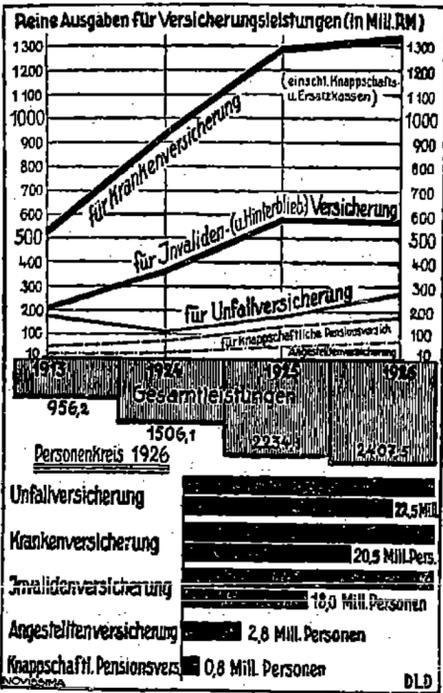
Von diesen hat ja der Arbeitsschutz den besonderen Zweck, die Arbeitskraft gegen vermeidbare Schädigungen zu schützen. Und wenn auch bei seiner Einführung der Gedanke des Vermögensschutzes (Erwerbsfähigkeit) und des Gesundheitsschutzes (Wehrfähigkeit) im Vordergrund standen, so dient er doch auch der Erhaltung der Arbeitsfähigkeit als solcher und die Rücksicht darauf bringt vor.

Das läßt sich auch in der Sozialversicherung erkennen. Diese hat den immer mehr hervortretenden Hauptzweck der Wiederherstellung des Zustandes vor der Schädigung oder der Verhütung der Schädigung, in zweiter Linie dann des Schadenersatzes. Beides ist von vermögensrechtlicher Auffassung beherrscht. Der Versicherungsfall liegt nicht vor bei Beeinträchtigung der E r w e r b s f ä h i g k e i t als solcher, sondern bei Beeinträchtigung der E r w e r b s f ä h i g k e i t. Der Schaden gilt als befristet, wenn die alte Erwerbsmöglichkeit wiederhergestellt ist. Die Rente bemißt sich (gemäß dem Beitrage) nach dem Erwerb.

Also auch hier gilt die Arbeit als wirtschaftlicher Wert, nicht als menschlicher Wert.

Wenn nunmehr die Reichsverfassung die Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches stellt, so ändert sie die früher herrschende Auffassung nach zwei Richtungen: Die Arbeitskraft als solche soll geschützt werden, das bedeutet den Schutz des arbeitenden Menschen. Und dieser Schutz soll ein „besonderer“, also ein höherer als der Schutz anderer Güter sein. Damit wird mein Begriff des Sozialen anerkannt als das Vorrecht des Lebenden, arbeitenden Menschen vor allen Sachgütern oder Einrichtungen.

Die Leistungen der deutschen Sozialversicherung



Rechnet man zu den Leistungen der deutschen Sozialversicherung noch den Reichszuschuß für Familienwohnhilfe in der Krankenversicherung sowie für Invalidenversicherung, der 1926 rund 210 Millionen Mark betrug, so ergibt sich, daß sich der Gesamtwert der reinen Leistungen 1926 auf rund 2,6 Milliarden Mark belief. Der Personenkreis, dem diese Leistungen zugute kommen, ist bei den drei großen Versicherungszweigen (der Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) allerdings zum größten Teil derselbe. Rechnet man jedoch bei der Krankenversicherung die in größtem Umfange eingeführte Familienhilfe mit ein und berücksichtigt man ferner, daß die Versicherungsleistungen, namentlich die gesundheitslichen Maßnahmen, sich auf weite Volkskreise auswirken, dann dürften nach Ansicht des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes etwa zwei Drittel der gesamten deutschen Bevölkerung an den Leistungen der Sozialversicherung teilnehmen.

„Wirtschaftsführer“ und Sozialpolitik

Der an sich erfreuliche Beschluß des Reichskabinetts hinsichtlich der Verbesserung der Krisenfürsorge hat im Unternehmerlager einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Dieses Loben ist nur eine neue Bestätigung der alten Erfahrung, daß sich unter Unternehmertum gegen jeden Fortschritt auf sozialpolitischem Gebiet mit Klauen und Zähnen zur Wehr setzt. Dieser Einstellung gegen die Sozialpolitik hat der Großindustrielle v. Borjig einmal in folgendem Erguß Ausdruck verliehen: Das Natürlichste wäre, daß jeder sich Rücklagen für Krankheit und Alter mache... Die Lastkraft des Einzelnen würde gelähmt, wenn er wisse, daß die Versicherung hinter ihm stehe. So werde der Spartrieb gelähmt und es gingen der Volkswirtschaft große Werte verloren.

Es ist die alte Fete: Die Arbeitslosenversicherung tötet den Willen zur Arbeit, die Krankenversicherung lähmt den Willen zur Gesundheit, die Altersversicherung zerstört den Sparsinn des Volkes! Fehlt nur noch die Behauptung, daß die Unfallversicherung für die Arbeiter geradezu einen Anreiz bilde, Unfälle absichtlich herbeizuführen.

Die Verbesserung der Krisenfürsorge sei sachlich nicht gerechtfertigt und finanziell nicht tragbar, behaupten die Industriellen. Das, was an der Verordnung über die Krisenfürsorge sachlich nicht gerechtfertigt ist, das ist die Hinauszögerung, daß sie erst vom 17. September an in Wirklichkeit tritt. Die Verordnung hätte mit sofortiger Wirksamkeit in Kraft gesetzt werden müssen. Es bedürfte doch wahrlich keines Alvaros mehr, ob sich die Arbeitsmarktlage noch weiterhin verschlechtern werde. Die Berichte der Landesarbeitsämter reden doch deutlich genug. Zudem ist die Zahl der Erwerbslosen in Wirklichkeit nicht unwesentlich höher als nach den amtlichen Berichten angenommen werden konnte. Gibt es doch viele Tausende, die infolge Ausscheidens aus der Unternehmung nicht mitgezählt werden.

Des weiteren fasseln die Unternehmer, der Ausbau der Krisenfürsorge sei nicht tragbar. Tragbar sind natürlich nur uferlose Heeres- und Marineforderungen. Tragbar sind auch die fetten Pensionen für die Generale und Offiziere der früheren und jetzigen Armee. Tragbar ist es auch, daß dem arbeitslosen Soldaten in Dornen täglich 1670 M. von der Republik gezahlt werden.

Wer muß denn die Mittel zur Deckung der Mehrausgaben, die durch den Ausbau der Krisenfürsorge entstehen, aufbringen? Die Lohnempfänger! Die Industriellen rechnen doch die „sozialen Lasten“ in die Verkaufspreise ein. Und wer hat die größten Steuerlasten zu tragen? Die Lohnempfänger! Denn zwei Drittel der gesamten Reichssteuer sind Massensteuern.

Die ganze Arbeitslosenversicherung ist dem Unternehmertum eben ein Dorn im Auge; es betrachtet sie nur als „Sozialprämie“. Von jeher stand das Unternehmertum der Sozialpolitik ablehnend gegenüber. Ginge es nach seinem Willen, so würde nicht ausgebaut, sondern abgebrochen werden. Darum auch das Gesagte über die „untragbare soziale Belastung“. Innerlich ist ja noch die ungeheuerliche Aufmachung aus jüngster Zeit über die Milliardenbeiträge, die die Sozialversicherung verschlingt. Diese Aufmachung war so stark irreführend, daß sich das Reichsarbeitsministerium sogar veranlaßt sah, die Schuld in die Öffentlichkeit anzutragen, um der kapitalistischen Balkenverbiegung zu wehren.

Es ist dringend erforderlich, daß die Krisenfürsorge noch weiter ausgebaut wird. Oder sollen die Opfer einer verfehlten „Rationalisierung“ ohne Unterstützung gelassen und dann im Elend verkommen und im Zuchtshaus landen? Und sollen Kolonial- und Gerechtigkeitsschaffanten etwa kein Geld? Und sieht die Reichsverfassung nicht die Unterstützung der unverdächtig arbeitslos gemordeten Staatsbürger vor?

Bei den Kosten der Fürsorge für langfristige Erwerbslose kann es sich nur um die Frage handeln, ob das Reich oder die Ge-

meinden die Lasten tragen sollen. Die Städte dürften kaum dazu in der Lage sein. Zudem lassen sich die Mittel für eine erhöhte Fürsorge im Sinne der Krisenunterstützung leicht flüssig machen. Unsere herrliche Reichswehr und Marine schwimmt ja bekanntlich im Gelbe. Deren Haushaltskosten lege man auf den Stand von 1924 herunter — die erübrigten 400 Millionen dürften zum Ausbau genügen. Bei einigem guten Willen der „Volksvertreter“ wäre die Kostenfrage in diesem Sinne leicht gelöst. E b b i n g h a u s.

Teilaussperrungen und Betriebsratsmitglieder

Eine Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts

Das Reichsarbeitsgericht fällt eine Entscheidung, die für die organisierte Arbeiterkraft von größter Bedeutung ist.

Ende Januar 1927 war in der Leipziger Metallindustrie ein Streik ausgebrochen, von dem die Firma Bleichert (Leipzig) selbst betroffen wurde. Der Verband der Metallindustriellen beauftragte den Streik mit einer Aussperrung, die er den nichtbestreitenden Firmen vorschrieb. Dazu gehörte auch die Firma Bleichert. Entsprechend der Anordnung des Verbandes hat die Beklagte am 11. Februar 1927 von ihren etwa 550 gewerblichen Arbeitern 470 Arbeiter ausgesperrt, darunter auch 8 Betriebsratsmitglieder. Im Betriebe blieben noch 38 Arbeiter, 13 Werkmeister und 97 gewerbliche Lehrlinge, außer den 47 Betriebsangestellten. Am 24. Februar 1927 war die Aussperrung beendet und die ausgesperrten Arbeiter wurden wieder eingestellt. Die ausgesperrten Betriebsratsmitglieder fordern die Bezahlung des Arbeitslohnes für die Aussperrungszeit im Gesamtbetrag von 887,04 M. Sie stehen auf dem Standpunkte, daß die Vorauszahlung des Wegfalls des ihnen durch das Betriebsratsgesetz gestifteten Kündigungsschutzes nicht vorliegt. Das Arbeitsgericht hat die Beklagte antragsgemäß verurteilt. Es führt aus, daß die Vorauszahlung des § 96 Ziffer 2 BGB nicht nachgewiesen sei.

Gegen das Urteil legte die Beklagte Berufung ein. Das Landesarbeitsgericht in Leipzig wies die Beklagte ab und schloß sich dem vorinstanzlichen Urteil an. Aus den Entscheidungsgründen ist folgendes zu entnehmen:

Die Beklagte stellt auf dem Standpunkt, daß der Kündigungsschutz, den das BGB in seinem § 96 den Mitgliedern der Betriebsvertretung gewährt, bei Arbeitskämpfen wegfallen. Sie führt aus, diese Bestimmungen seien nur geschaffen für die Zeiten, während der die Betriebe arbeiteten, nur dann hätten die Betriebsräte die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. In Zeiten eines Arbeitskampfes trete aber die Eigenschaft der Betriebsratsmitglieder als Mitglieder der kämpfenden Partei so scharf in den Vordergrund, daß ihre Sonderstellung völlig zurücktrete. Insbesondere sei es von Bedeutung, daß die Aussperrung eine Verteidigungsmaßnahme gegenüber dem Streik der Arbeiter gewesen sei.

Bei diesem Teilstreit hätten in den Betrieben die Betriebsratsmitglieder mitgestreikt. Es ist gegenwärtig allgemein anerkannt, daß Streik und Aussperrung erlaubte Maßnahmen im Arbeitskämpfe sind, daß aber weder Streik noch Aussperrung unter Vertragsbruch erfolgen dürfen. Das heißt, der Arbeitgeber, der aussperrt, muß sich nicht darüber kümmern, daß er unter Aussperrung die Einzelarbeitsverträge jeweils unter Einhaltung der für den betreffenden Arbeitsvertrag geltenden ordentlichen Kündigungsfrist kündigt. Wo Kündigungsfristen vereinbart worden sind, müssen diese eingehalten werden. Davon, daß eine Aussperrung oder ein Streik als solcher die Zustimmung der Betriebsvertretung zur Entlassung der Betriebsratsmitglieder überflüssig macht, ist in dem Betriebsratsgesetz nichts gesagt. Von 550 Arbeitern haben 470 nicht gearbeitet, die anderen sind aber weiterbeschäftigt worden. Somit lag eine völlige Stilllegung des Betriebes nicht vor. Demnach mußte auch die Betriebsvertretung erhalten bleiben. Denn eine Beschäftigungsmöglichkeit für die Betriebsratsmitglieder war noch vorhanden. Diese seien aber mit ausgesperrt worden und hätten somit auch Anspruch auf entgangenen Arbeitsverdienst für die Zeit der Aussperrung.

Gegen das Urteil wendet sich die Revision der Beklagten. Sie beantragt eine grundsätzliche Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts in dieser Frage. Nach dreistündiger Beratung fällt das Reichsarbeitsgericht folgende Entscheidung:

Die Revision der Beklagten gegen das Urteil des Landesarbeitsgerichts vom 8. Dezember 1927 wird zurückgewiesen und der Firma die nicht unerheblichen Kosten auferlegt. Die Aussperrung der Betriebsratsmitglieder durch die Beklagte habe nicht erfolgen dürfen. Denn die Beklagte habe von ihren gewerblichen Arbeitern noch eine Anzahl weiterbeschäftigt, so daß sich eine Betriebsvertretung notwendig machte. Der § 96 des BGB gewährt den Betriebsratsmitgliedern einen besonderen Schutz. Diese Schutzbestimmungen seien aber von der Beklagten durchbrochen worden. Nur unter ganz besonderen Voraussetzungen können Betriebsratsmitglieder entlassen werden. Alle von der Beklagten vorgebrachten Gründe und Einwände reichten nicht aus, die Klager mitauszusperren. Auch von einer teilweisen oder völligen Stilllegung könne nicht die Rede sein, da die Beklagte eine ganze Anzahl Arbeiter weiterbeschäftigt habe. Erst wenn für die Tätigkeit kein Raum mehr vorhanden ist, muß das Schicksal nicht nur den Arbeitern, sondern auch das Betriebsratsmitglied treffen. Aus all diesen Gründen habe sich das Reichsarbeitsgericht vollinhaltlich dem Urteil der Vorinstanz angeschlossen und den Erfolg der Revision verjagen müssen. (Wtz. 44/28).

Über das Ergebnis dieser Rationalisierung

Ziel der Wirtschaftsumstellung und Verbesserung der Produktionsbedingungen, was wir allgemein unter dem Schlagwort Rationalisierung zusammenfassen, sollte letzten Endes eine Senkung der Preise und somit eine Verbesserung der Produktionsgrundlage sein. Eine Rationalisierung, die lediglich die Produktionsbedingungen verbessert, auf der andern Seite aber die Preise in die Höhe treibt, also Kaufkraft erschlägt, anzustatt solche zu erzeugen, ist wirtschaftsfeindlich und muß abgelehnt werden. Daß die Wirtschaftsumstellung in Deutschland nicht das gebracht hat, was man allgemein erwartete, ist bekannt. Recht treffend betont das Wirtschaftsbüro der Diskonto-Gesellschaft vom 1. August:

Es verdient immer wieder hervorgehoben zu werden, daß der viel besprochene Prozeß der Rationalisierung doch nicht nur darauf hinaus ging und hinaus geht, unsere technischen Produktionsbedingungen dem höheren Stande der ausländischen Wettbewerbsländer anzupassen. Daneben stand bei allen Neuerungen, Umstellungen und Bereinigungen immer als Ziel die Erreichung einer Produktionsverbilligung vor Augen, die zu Preisparitäten und durch diese wieder zu einer Vergrößerung der Produktion und der Umsätze führen sollte. Dann wird angeführt, daß das Gegenteil eingetreten ist. Der Großhandelsindex für industriell hergestellte Konsumfertigen betrug im Jahresdurchschnitt 1926/27 154,3 und im Juni dieses Jahres 176,2. Der Bericht der Diskonto-Gesellschaft führt dann fort: „Die Erhöhung des Gesamtpreisniveaus ist hauptsächlich auf Preissteigerungen innerhalb der industriellen Produktion und an den industriellen Märkten zurückzuführen. Mit Bezug auf das Problem der Rationalisierung ergibt sich aus dieser Entwicklung die Folgerung, daß wirtschaftliche Erfolge auf diesem Gebiete, soweit ihre Erzielung in Gestalt von Preisverbilligungen zutage treten sollte, bisher überhaupt nicht erzielt worden sind.“

Sicher sehr treffende Wahrheiten, die besonders bemerkenswert sind, weil sie von solcher Stelle kommen. Die Diskonto-Gesellschaft führt das Mißergebnis der Rationalisierung allerdings auf die Steigerung der Löhne und öffentlichen Lasten zurück. Eine Behauptung, hinter die wir ein großes Fragezeichen setzen und die als faule Ausrede zu bewerten ist.



Charakter und Gehaltswert

einer Zigarette werden nicht allein durch die Güte der verwendeten Tabake bestimmt; entscheidend ist erst deren zweckvolle Mischung.

Die alten Mischungsrezepte knüpfen an bestimmte Orts- und Tabaknamen an. Die umgestaltende Siedungsopfer im Orient hat jedoch soviel verändert, daß sie ihre Geltung verloren.

Durch die mehrmonatige Einkaufs- und Studienreise des Chefs unseres Hauses gewannen wir eine fachliche Neuorientierung von hoher Bedeutung.

OBERST 5A

Waldorf-NEUE ARBEIT-Astoria

Was ist Togonal?

Togonal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel gegen Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten! Schützen Sie sich nicht durch wunderwörtliche Mittel! Heber 5000 Ärzte und Professoren anerkennen die hervorragende Wirkung des Togonal. Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Preis RM. 1,40

0,46 Chin. 12,6 Lith. 7,3 Acid. acet. sal. ad 100 Amyl.

Rasieren Sie sich auf der Reise?

Wenn vergessen Sie nicht, die haarermweichende Rasiercreme „Leontina“ in der ebenso praktischen wie leichten Tubenpackung mitzunehmen. Sie ermöglicht auch bei hartem Wasser und empfindlicher Haut ein leichtes, angenehmes Rasieren. Sehr hygienisches Rasieren der Haut nach dem Rasieren, fabelhafte Schäumkraft, Parfüm im Gebrauch, außerdem billig. Versuchen Sie die echte „Leontina“ in der Tube, wo Sie Ihre Chlorodont-Zahnpasta kaufen. Preis 1 RM. Probebeide für mehrwöchigen Gebrauch gegen Einlieferung dieses Heftes als Zusätze (Mittwoch nicht möglich) kostenlos durch Post-Berlin N. 6, Dresden 2. 6

5000 Sprechmaschinen

fabrizieren wir wieder in großer Serie und sind hierdurch in der Lage, unsere bisher billigen Preise nochmals bedeutend herabzusetzen. Für diesen Zweck haben wir Gelegenheit, zu diesen günstigen Konditionen unsere Platten in Ihr Heim zu bringen. — Selbst unsere billigen Serien sind noch weiter Konstruktions hergestellt. Schallplattenbereich bis 120 Platten geben wir teilweise zu jeder Sprechmaschine. Teilzahlung gestattet — Vertreter gesucht — Katalog gratis

Schulz & Gundlach, Berlin C 25

Ringstraße 18

Raucht GARBÁTY Baccarat

Größte Produktion der Welt!

OPEL

Niemals

Wenden Sie ein Instrument kaufen, ohne sich vorher genau zu erkundigen. Katalog kostenlos zu haben.

Herfeld & Comp.
Königsstraße 29, West.

5 Jahre

Spezialrad für **BISINGER-KASSEL 50**

Ministrierte Präzisionsarbeit, über Jahre haltbar. Preis 1,25 bis 2,40. Katalog gratis.

MUSIK-Instrumente

aller Art, billigst direkt an Privat. Katalog gratis. Auch Teilzahlung.

Carl Heine, Georgenwall 12
bei Klingenthal (Sax.)

Erstklassige Musik-Apparate u. Platten

von 1 Mark Weckrate an. Kataloge gratis!

Reiner Musik-Industrie
Berlin C 2 A, Hoher Steinweg 8

Bilder ohne Anzahlung

50 Pf. anfangs, monatlich 2 RM. (am 1. Tag) monatlich direkt in der Monatsheftzeitung.

„Diamant“
Berlin C 25

Extraktive Lithographien

aus Schloßherren v. Lübeck, 1 Dkr. Nr. 12. 1 Dkr. Nr. 13. 1 Dkr. Nr. 14. 1 Dkr. Nr. 15. 1 Dkr. Nr. 16. 1 Dkr. Nr. 17. 1 Dkr. Nr. 18. 1 Dkr. Nr. 19. 1 Dkr. Nr. 20.

Lehmann, E. Wulfsberg
Halle-Striptis

BIOX

DIE SAUERSTOFF-ZAHNPASTA BIOX ULTRA STARK SCHÄUMEND
Die kleine Tube 50 Pfg.

Fahre und spare

Nicht nur teure Räder sind zuverlässig, ich führe nur ausserprobte Qualitäten und lasse bis zu 6 Jahren Garantie. Lieferung mehrerer bekannten Multiplex und Monopol-Fahrräder schon bei Mark 10,- Anzahlung und **Mk. 2,50 Wochenraten**

Mein Spezialrad nur gegen Bar Mk. 38, Luxusrad 5 Jahre Garantie, Freilauf mit Rücktritt, elektr. Lampe, Glocke, Pumpe, Mark 65,- und Mark 75,- bar, Fahrrad-Zubehör, billige, Tausende Kunden sind begeistert über meine Leistungen, Versand überallhin. Verpackung frei

Schlawe, Berlin N 501
Weinmeisterstraße 4

Warum mehr bezahlen?

68.- RM. noch jetzt ein so mod. elegant, starkes u. dauerhaftes Fahrrad. Ausstattung mit mod. russischen Rahmenbau mit 18 Zoll Rädern u. Original-Perdax-Fahrrad mit 18 Zoll Rädern (rot oder grau) Nickelblechmittel gelbe Felgen mit rustischen Speichen, kompl. Verzierung, Pumpe, Glocke usw. Versand überallhin. — Zahlungsanweisung. — Katalog über Fabriken, Gummi, Zubehörteile gratis und franco

Ernst Mackow, Berlin, Weinmeisterstr. 14
Berliner Fahrradwerke GmbH

Elektromotor durch Fernunterricht

Prospekt 8 frei. — Privatlehre, Dipl.-Ing. LESSER, Berlin-Weißensee, Wilhelmstraße 50

Fahrräder

von organisierten Arbeitern im eigenen Betrieb aus den allerbesten Rohmaterialien mit besonderer Sorgfalt hergestellt. Auf Wunsch gegen Teilzahlung. Bei Barzahlung 10 Prozent Kassenrabatt. Verlangen Sie bitte den Spezialkatalog gratis

Fabrikation Friedrich
Offenbach am Main

Organismus des Arbeiter-Paß-Bundes Solidarität

Heeresgut-Partiewaren

Solpantium, Hindvolleber, neu ... 1,25
Mil. Schwärzschuhe, engl. geb., neu bef. 4,90
Schwartzschuhe, Militär-Art, unter
Schlager, neu ... 9,40, 8,20
Militär-Dressjacken, gut erh. ... 8,40, 2,40
Militär-Dressjacken, gut erh. ... 8,40, 2,40
Militär-Beineunterhosen, gut erhalten ... 2,10, 1,80, 1,55

Hundert von Gebrauchsgarteln aus enormen Mengen gleichfalls spottbillig. Fordert Katalog 10 Pf. Versand unter Nachn., kein Nachf. Umtausch gef.

Deutsche Lederwarenfabrikation
Zentrale: Berlin, Alt Moabit 180
außer Versandhaus 11 große Verkaufsstellen in Berlin. Lagerbestand 100000

Betten aus dichten Bett-Inlett

Oberbett mit 7 Pfund	15,55	19,75	23,75
Unterbett mit 6 Pfund	14,50	18,20	22,50
1 Kissen mit 2 1/2 Pfund	4,50	5,90	6,90
Vollständiges Bett	35,-	43,-	53,-
Bettfedern	1,25	1,90	2,40
Halbdunen	3,-	4,50	5,50
Dunen	8,50	10,50	12,50

Preisliste gratis. Umtausch oder Geld zurück. Viele Danksch. Nachnahmevorsand. Bettenfabrik H. Möller, Kassel 70, Mönchebergstr. 8/9

Autofahrschule

H. Rohmberg, Berlin Gartenstraße 32
Telefon Norden 12880

Billigböhmische Bettfedern

1 Pfund graue, gute, geschliffene Bettfedern 80 Pf., best. Qual. 1 RM., halbwelche, flaumige 1,20 u. 1,40 RM., weiße, flaumige geschliff. 1,70, 2,00, 2,50, 3 RM.; leichte, geschliffene Halbdaunen-Bettfedern 4, 5, 6 RM.; Rusp-federn, ungeschliffene mit Flaum gemengt, halbwelche 1,75 RM., weiße 2,40, und 3 RM.; oder feiner Flaumrasp 3,50 und 4,50 RM. Versand jeder beliebigen Menge sofort gegen Nachnahme von 10 Pfund an franco. Umtausch gestattet über jede Bank. Muster und Preisliste kostenlos. G. Gentsch, Prag XII., Americká ul. Nr. 26/26B, Böhmen.

Berlagsgesellschaft des DMS

Gediegene Druckarbeiten

Anzüge

Herrn-Läden, Herren-Herbst- u. Winter-Anzüge, Herren-Herbst- u. Winter-Anzüge, Herren-Herbst- u. Winter-Anzüge. Preis 2,-

Ohne Lehrgeld zum Techniker

Unterstützung des Selbstunterrichts durch Teilnahme am Fernunterricht, der in gründlicher Begutachtung ihrer schriftlichen Arbeiten besteht. Abschlußprüfung können Sie vor einer Kommission ablegen, wofür ausführliche Prüfungsbestätigung erteilt wird.

Ferner Nachholung versäumter Schulprüfungen (Obersekundare, Abiturientenexamen) durch die Selbstunterrichtsbriefe der Methode Rustin: Oberrealschule, Deutsche Oberschule, Realgymnasium, Gymnasium, Ebenso kaufmännische, fremdsprachliche und musikalische Ausbildung. Begutachtung Proporzahlen, Berufsberatung und Prospekt kostenlos. Lehrproben zur Ansicht.

Rustinsches Lehrinstitut, Potsdam T 28

Das muß noch nicht sein

bei der Wahl mit großer Verlobung. Folkmann, Berlin-Süd, Friedrichstr. 34

Vor kurzem erschien der erste Band der Geschichte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Preis 12,50, für Verbandsmitglieder 6,50 Mk. — Bestellungen nehmen alle Ortsverwaltungen des DMV entgegen

Weißer Zähne

machen jedes Antlitz ansprechend und schön. Oft schon durch einmaliges Bügeln mit der herrlich erfrischend schmeckenden Chlorodont-Zahnpaste erzielen Sie einen wunderbaren Glanz der Zähne, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Reinigung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borsten dinn. Familien-Speisereste in den Zahnlückenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden reiflich damit beseitigt. Versuchen Sie es zunächst mit einer Tube Chlorodont-Zahnpaste für Kinder 70 Pf., für Damen 1,25 RM. (weiße Borsten), für Herren 1,25 RM. (harte Borsten). Nur echt in blau-weiß-grüner Originalpackung mit der Aufschrift „Chlorodont“. Überall zu haben.

Homocord Electro

Die Musikschallplatte der Gewerkschaftsmitglieder

Aufnahmen vom Ersten Deutschen Arbeitersängerbundesfest in Hannover

sind erschienen!

Bezugsquellen weist nach: **Homophon Company G. m. b. H., Berlin SW 68**

Überall erhältlich